

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll *
42. Sitzung

Berlin, den 07.11.2007, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1 / Schiffbauerdamm
Sitzungssaal: 3.101 (Anhörungssaal)

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

Öffentliche Anhörung

Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption

Tagesordnungspunkt 1a

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland

BT-Drucksache: 14/1569

Tagesordnungspunkt 1b

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien:
Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen
Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005

Ausschussdrucksache 16(22)127

Tagesordnungspunkt 1c

Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Markus Meckel, Dr. Gerhard Botz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmal

BT-Drucksache 16/6776

* Redaktionell überarbeitete Bandabschrift

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnsen, Wolfgang
Grindel, Reinhard
Grütters, Monika
Krings, Günter, Dr.
Krummacher, Johann-Henrich

Eisel, Stephan, Dr.
Michalk, Maria

Philipp, Beatrix (Gast)
Kolbe, Manfred (Gast)

SPD

Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Pries, Christoph
Reiche, Steffen
Tauss, Jörg
Thierse, Wolfgang, Dr. h.c.

Meckel, Markus

FDP

Otto, Hans-Joachim
Waitz, Christoph

Mücke, Jan
Winterstein, Claudia, Dr.

DIE LINKE.

Bisky, Lothar, Dr.
Jochimsen, Lukrezia, Dr.

Neskovic, Wolfgang

Pau, Petra (Gast)

B90/GRUENE

Bettin, Grietje
Göring-Eckardt, Katrin

Roth, Claudia

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Gehrke
Kantlehner
Kornbäune
Köhr
Kuhrt
Lubinski
Schäfer

BKM
BMJ
BMVBS
BKM
BMI
BMVBS
BKM

Bundesrat

Dietzen

LV Thüringen

Fraktionen und Gruppen

Becker-Schwering
Friebel
Mühlberg
Klingberg
Dr. Leberl
Roth
Schäffer

FDP
SPD
DIE LINKE.
DIE LINKE.
CDU/CSU
B 90/GRÜNE
SPD

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten Platz zu nehmen, damit wir in einem sehr ambitionierten Zeitplan nicht allzu viel Raum verlieren. Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung, die sich mit dem für uns wirklich sehr wichtigen Thema, Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, beschäftigen wird. Ich freue mich, dass er da ist und begrüße zunächst den Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, der uns bereits vor einigen Monaten sein Konzept in den Grundzügen vorgestellt hat. Außerdem begrüße ich Herr Prof. Schäfer, der diese Anhörung ebenfalls für das Haus des BKM begleiten wird.

Ich darf sehr herzlich begrüßen die Herren Sachverständigen, die uns auch schriftliche Stellungnahmen haben zukommen lassen, die auch Ihnen, meine Damen und Herren, die ich Sie genauso herzlich hier begrüße, zur Verfügung stehen.

Zum Verfahren, wie wir jetzt vorgehen werden, möchte ich gleich einige kurze Anmerkungen machen. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass es sicherlich sinnvoll ist, wenn der Staatsminister eingangs einige kurze Anmerkungen zum weiteren Verlauf der Umsetzung dieses Gedenkstättenkonzeptes macht, damit wir wissen, was wir heute beraten und wie das Ergebnis im weiteren parlamentarischen Verlauf umgesetzt werden kann. Wir haben unter den Obleuten des Ausschusses folgendes Verfahren angedacht und ich darf zunächst einmal die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses bitten, ihre Zustimmung hierzu zu erteilen. Wir werden die Anhörung nachher in Form von sogenannten Berliner Stunden ablaufen lassen. Das heißt, dass die Fraktionen jeweils nach ihrer Stärke – die größte Fraktion zuerst, dann die größte Oppositionsfraktion, dann die zweitstärkste Fraktion usw. – und nach einem genauen Zeitmuster zu Wort kommen. Dieses Zeitmuster sieht beispielsweise vor, dass der größten Fraktion, der CDU/CSU, 19 Minuten Rede- und Antwortzeit innerhalb einer Stunde zustehen. Auch der SPD stehen 19 Minuten zur Verfügung. Die FDP hat 8 Minuten, die Fraktion DIE LINKE hat 7 Minuten und ebenso die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das heißt, dass die Fragen und die Antworten, die gestellt werden, innerhalb dieser Zeit abgewickelt sein müssen. Ich habe als Vorsitzender die etwas undankbare Aufgabe, auch gegenüber Ihnen, sehr geehrte Herren Sachverständige, dafür zu sorgen, dass dieser Zeitplan eingehalten wird. Das heißt, ich darf auch Sie bitten, sich angesichts des sehr engen Zeitrahmens in ihren Antworten auf das Wesentliche zu beschränken. Wir teilen Ihnen dann immer noch mit, wie viel Restzeit verbleibt, in der Hoffnung, dass wir diesen Zeitplan so halten können.

Ich möchte zunächst einmal die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses fragen, gibt es Bedenken gegen die Anwendung der Berliner Stunde? Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren. Wir haben zwei Zeitstunden. In jeder Stunde wird jeweils dieses Zeitmuster angewandt. Am Ende der Anhörung haben die Herren Sachverständigen dann noch einmal Gelegenheit, in einem kurzen Statement die Dinge zusammenzufassen, die ihnen besonders wichtig sind, auch im Lichte des Verlaufes der heutigen Anhörung. Wir versuchen, um 15.00 Uhr fertig zu sein, aber in keinem Fall werden wir über 15.30 Uhr hinaus tagen können, denn gleich anschließend findet eine nichtöffentliche Anhörung statt. Einige der Vertreter von Institutionen, die uns nachher Rede und Antwort stehen, sind schon da. Deswegen mögen Sie sich bitte alle darauf einstellen, dass wir leider heute unter einem sehr straffen Zeitregiment stehen. Genug der Vorrede.

Ich darf nun Herrn Staatsminister Neumann bitten, ganz kurz einzuführen, wie von Seiten des BKM der weitere Verlauf des Verfahrens gesehen wird. Wann dürfen wir alle, die wir auf die Umsetzung des Gedenkstättenkonzepts gespannt sind, den weißen Rauch vermelden? Wann werden Sie diese Dinge in die Realität umsetzen? Bitte, lieber Herr Neumann.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM): Herr Vorsitzender, da ich am 4. Juli dieses Jahres dem Ausschuss unseren Konzeptentwurf vorgestellt habe, werde ich bis auf einen Punkt jetzt keine inhaltlichen Bemerkungen machen, weil das nur Zeit kostet. Die Abgeordneten kennen unsere Intention, und darüber ist ja auch eine ganze Menge geschrieben worden. Die zweite Bemerkung. Das Erinnern und Gedenken an die Schattenseiten der jüngeren und jüngsten Geschichte ist eine gesamtstaatliche und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und unbeschadet der Kompetenzen ist das natürlich auch eine Aufgabe für den Bund, eine nationale Aufgabe. Das bedeutet nicht, dass wir die Zuständigkeit für Gedenkstätten, die bei den Ländern sind, infrage stellen. Im Laufe der Diskussion erlebe ich es ja, dass der eine oder andere Kollege oder auch andere mit Begehrlichkeiten kommen, dieses oder jene Denkmal müsse doch auch genannt werden, müsse einbezogen werden. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, wir würden uns dabei überheben. Es bleibt also dabei, für die Gedenkstätten, gerade auch nach der Föderalismusreform, sind die Länder zuständig, sie tragen Verantwortung und wir kümmern und interessieren uns für besonders herausragende national bedeutsame Einrichtungen, Denkmäler und nicht mehr. Aber das ist schon eine ganze Menge. Ich sage das deshalb, weil man fragen würde, warum ist das nicht erwähnt, da ist das Grenzland-Museum erwähnt, aber warum denn nicht diese Einrichtung. Das hat mit diesem Grundsatz etwas tun.

Dritter Punkt. Sie fragen mich, Herr Vorsitzender, wann weißer Rauch aufsteigt. Nun finde ich, ist er schon aufgestiegen, denn das, was wir denken, haben wir erst einmal vorgeschlagen. Jetzt sind Sie ja dran. Das heißt, ich gehe davon aus, dass sich die Abgeordneten nach dem Hearing zu entscheidenden Punkten eine Meinung bilden werden, und ich möchte gern in ein endgültiges Konzept, welches ich dann auch der Bundesregierung vorschlage, diese Meinung einbeziehen. So ist das Verfahren, und je zügiger Sie arbeiten, desto eher kann ich das tun. Das heißt, es ist von Ihnen selbst abhängig, wann weißer Rauch aufsteigt.

Ich bin dankbar für die vielen Anregungen, die wir erhalten haben. Jetzt einmal ganz ehrlich, wir beschäftigen uns hier ja mit Themen in Verbindung mit zwei Ereignissen, der NS-Diktatur und dann der SED-Diktatur, die ungeheure Bedeutung für unsere Gesellschaft haben, die große Einschnitte in die deutsche Geschichte darstellen. Viele Zeitzeugen, die davon betroffen sind, leben. Dass dies zu einer hohen Emotionalität führt, ist klar, und dass man in diesem oder jenem Fall unsere Vorschläge auch anders sehen kann, ist auch völlig klar. Deswegen fassen Sie, unabhängig von der Gesamtlinie, dies als einen Entwurf auf, auf dessen Basis wir diskutieren. Wenn es an diesem oder jenem Punkt eine Korrektur gibt, die insbesondere von der Mehrheit des Parlaments getragen wird, dann führen wir diese durch. Dieses Konzept ist also nicht gedacht als ein unumstößliches Papier, sondern als Angebot, auf dem man am Ende nach einer Diskussion zu einem Ergebnis kommt. Allerdings bin ich dankbar dafür, dass die Mehrzahl der Stellungnahmen zwar durchaus an dieser oder jener Stelle Kritik übt, dass sie aber insgesamt den Entwurf in seiner Grundfassung akzeptieren. Dieser ist ja auch schon in

stillschweigender Abstimmung mit den Diskussionen, die wir in diesem Ausschuss führen, erarbeitet worden. Insgesamt kann man sagen, dass der Entwurf eine gute, solide, brauchbare Diskussionsgrundlage bietet, die man hier und dort verändern kann und verändern muss, die aber in die richtige Richtung geht. Dies ist, wenn ich jetzt einmal den Tenor nehme, die Meinung der meisten, die sich geäußert haben.

Zum Abschluss, weil es mir am Herzen liegt, Herr Korn, möchte ich eine Bemerkung machen zu dem Thema NS-Diktatur und SED-Herrschaft. Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft wird durch das Wissen um die Singularität, um die Einzigartigkeit des Holocausts bestimmt. Der Völkermord an den europäischen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekanntes Ausmaßes muss in der Erinnerungskultur immer eine unvergleichlich hohe Bedeutung haben. Das ist auch mit diesem Konzept beabsichtigt. Hier erfolgt keine Vermischung, hier erfolgt keine Gleichstellung. Ich würde sie auch ablehnen und die, die das Konzept mit mir erarbeitet haben, wissen dies, dass das für mich ein ganz wichtiger Punkt war, dass diese Singularität immer einen unvergleichbaren Rang hat und er im Konzept zum Ausdruck kommen sollte. Sollten Formulierungen darin enthalten sein, wo Sie zu dem Schluss kommen, da müsste man dieses oder jenes noch anders formulieren, ist das in Ordnung. Darüber diskutieren wir.

Im Übrigen haben wir im Bereich NS-Gedenken, NS-Aufarbeitung, NS-Vergangenheit, ja auch ein wichtiges Vorhaben vor, nämlich die NS-Gedenkstätten, die noch keine regelmäßige institutionelle Förderung erfahren – das sind alle, die in Westdeutschland liegen – in eine institutionelle Förderung zu bringen. Dazu brauche ich die Unterstützung des Parlaments. Meine Vorgängerin konnte dies nicht durchsetzen, weil sie am Widerstand des BMF gescheitert ist. Ich halte das für unverzichtbar. Das ist ein wichtiges Signal. Und es sind auch zusätzliche Bedarfe da im Hinblick auf die Konsolidierung bestehender NS-Gedenkstätten, ob das in Weimar, in Buchenwald/Mittelbau Dora ist oder ob es in Dachau ist oder in Bergen-Belsen. Auch dies haben wir vor. Das werden wir nicht auf einmal leisten können, aber unter anderem deshalb ist der Etat bereits für 2008 verdoppelt worden, von 10 auf 20 Mio. Euro, um hier erste Schritte zu erreichen. Das wollte ich deutlich sagen.

Natürlich ist sie nicht vergleichbar in dem Ausmaß des Verbrechens, aber auch im Hinblick auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist im Hinblick auf die DDR noch viel Arbeit zu leisten. Hier gibt es einen großen Nachholbedarf. Auch dem wollen wir Rechnung tragen, und das kommt auch in dem Papier zum Ausdruck.

Herr Vorsitzender, ich wollte zum Schluss diese politische Bemerkung machen, weil sie mir am Herzen liegt und weil ich nicht möchte, dass wir über Missverständnisse reden. Abschließend gesagt: Bei so einem schwierigen Kapitel gibt es immer Formulierungen, bei denen man sagen kann, könnte man das nicht doch deutlicher oder anders formulieren. Dafür sitzen wir ja hier. Es gibt auch Beispiele, wo man sagt, warum ist das vergessen worden oder warum findet das in dieser Einrichtung statt und nicht in einer anderen. Ich fordere Sie nahezu auf, hierzu Ihre Beiträge zu leisten. Es gibt ja auch umfangreiche Stellungnahmen. Ich meine das ernst, wenn ich sage, ich möchte sie alle mit einarbeiten, allerdings auch auf der Basis eines Willens dieses Ausschusses. Deswegen finde ich es prima, dass nicht

wir das Hearing machen, sondern dass der Ausschuss dieses Hearing veranstaltet. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Neumann. Ich möchte etwas nachholen. Es sind einige Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen zu uns gekommen. Wir freuen uns sehr darüber, weil dadurch auch das besondere Interesse dieser Kollegen an dem Thema zum Ausdruck kommt. Seien Sie also alle sehr herzlich hier bei dieser Anhörung willkommen. Ich möchte auch noch einmal die Damen und Herren, die auf der Tribüne Platz genommen haben, die durch ihr Kommen heute ihr Interesse an diesem Thema sehr eindrücklich unter Beweis gestellt haben, willkommen heißen.

Jetzt kommen wir zu der bereits angesprochenen Berliner Runde. 19 Minuten für die CDU/CSU-Fraktion. Die Fraktion kann bestimmen, wen sie ins Rennen schickt. Herr Grindel wird der Erste sein. Wir machen einen Uhrenvergleich. Es ist es 13:22 Uhr. Wir werden auch Ihnen dann immer mal wieder einen kurzen Hinweis auf die Zeit geben. Genug der Vorrede. Herr Grindel, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin in diesem Raum mit Uhrzeitbeschränkungen bei Befragungen ja vertraut, insofern ist das kein Problem. Ich bin dem Staatsminister ausgesprochen dankbar dafür, dass er angeboten hat, dass das Parlament an der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts mitarbeitet. Es ist, meine ich, notwendig zu betonen, dass wir hier über eine Fortschreibung eines Konzepts entscheiden wollen, bei dem es um Ergänzungen geht, um neue Herausforderungen, die zu beantworten sind. Ich will auf das verweisen, was mir als Satz sehr gut gefallen hat, auch wenn ich glaube, dass der Urheber nicht im BKM sitzt: Weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert noch darf das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden. Vor diesem Hintergrund, auch wenn das Licht dann etwas gedämpfter ist, aber trotzdem sozusagen den Fokus erst einmal auf das Gesamtkonzept richtend, würde ich gerne von Herr Prof. Dr. Scholtyseck und von Herrn Prof. Dr. Schroeder wissen, ob sie das Konzept von diesem Anspruch her für ausgewogen halten und die Auffassung vertreten, dass beide Diktaturen dort angemessen behandelt werden, oder ob sie Änderungsvorschläge machen wollen.

Meine zweite Frage betrifft den Wissensstand über die SED-Diktatur, insbesondere den Alltag in der DDR. Gibt es hier nicht doch einen Nachholbedarf, dem wir Rechnung tragen müssen in diesem Konzept? Gibt es aus Ihrer Arbeit Beispiele, Sachverhalte, die Ihnen besonders aufgefallen sind, an denen das abzulesen wäre, dass wir im Grunde genommen bei diesem Thema doch noch Defizite auszugleichen haben? Wenn bei Umfragen heute viele Bürger sagen, etwas zugespitzt formuliert, wir möchten die DDR gerne wieder haben, dann ist das Anlass, sehr stark darüber nachzudenken, ob wir hier auch durch die Arbeit, dessen Rahmen das Gedenkstättenkonzept bildet, nicht für Aufarbeitung, Aufklärung und Erinnern sorgen müssen. Das wären meine beiden Fragen. Einschätzung des Konzepts und Wissensstand SED-Diktatur.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kollege Grindel. Das waren zwei Fragen an Herrn Prof. Dr. Scholtyseck und an Prof. Dr. Schroeder. Wer von Ihnen möchte als Erster antworten? Herr Prof. Dr. Scholtyseck, bitte schön.

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Herr Grindel, ich beantworte Ihre Frage dahin gehend, dass mir dieser Entwurf eingeleuchtet hat, ganz grundsätzlich. Gerade auch das, was Sie am Anfang angesprochen haben, dieses Vorwort oder diese Präambel, da weiß man natürlich, dass so etwas ganz genau geprüft wird. Sie haben mir das an und für sich schon vorweggenommen, als Sie diesen Satz gesagt haben, weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden. Das ist ja schon ein Satz, der relativ klar formuliert ist. Mir erscheint dieser Entwurf tatsächlich als eine überzeugende sachliche und pragmatische Fortschreibung des bestehenden Konzepts. Es ist ja kein Neuentwurf, sondern es beruht auf einer Vorarbeit, die überzeugend war, die jetzt ergänzt worden ist und die Weiterentwicklungen der letzten Jahre mit aufgenommen hat. Insofern erscheint mir auch die inhaltliche Gewichtung plausibel und ausgewogen, weil beide Diktaturen des 20. Jahrhunderts dort angemessen wiedergegeben werden. Man darf ja nicht vergessen, dieses 20. Jahrhundert - der englische Historiker Eric Hobsbarn hat es das "Age of Extremes" genannt - in unseren Blick zu nehmen, die Ideologien, die totalitären Versuchungen. Das wird meines Erachtens durch das Konzept sehr gut dargestellt. Hinzu kommt die Aufnahme der KZ-Gedenkstätten Dachau, Bergen-Belsen, Neuengamme und Flossenbürg in die anteilige institutionelle Förderung. Das zeigt meines Erachtens, dass die moralische Verpflichtung, an die Schrecken der NS-Zeit zu erinnern, hier sehr gut zum Ausdruck kommt.

Sie haben dann gefragt, ob mir diese Gewichtung richtig erscheint. Gerade wenn man selber in beiden Diktaturen forscht, stellt man doch tatsächlich fest, dass es gerade, was die SED-Diktatur angeht, Nachholbedarf gibt. Um Ihnen nur ein kleines Beispiel zu geben: Ich arbeite bei der Stiftung Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944, also Widerstand gegen Hitler, auf der einen Seite mit und dann aber auch beim KGB-Gefängnis Leistikowstraße oder bei der Stiftung der Sächsischen Gedenkstätten. Wenn man sich das anschaut, dann wird man sagen, zur NS-Diktatur wird seit langem, das ist verständlich, viel geforscht und gute Forschung geleistet. Aber gerade was die DDR angeht, da gibt es einfach institutionell noch viel zu tun, da sind meines Erachtens viele Dinge noch nicht genügend gefördert. Es ist ja sicherlich auch wichtig, dass man gerade in den westlichen Ländern der Bundesrepublik ein Gefühl dafür schafft, was diese DDR-Diktatur gewesen ist. Da gibt es meines Erachtens tatsächlich Nachholbedarf, der noch eingefordert werden muss.

Dann vielleicht noch eine Sache, die mir auch grundsätzlich immer auffällt. Wir schauen in Deutschland, was die Gedenkstättenforderung angeht, manchmal nicht genügend über den Tellerrand. Wir sollten auch mit hinzunehmen, was zu den Diktaturen des 20. Jahrhunderts außerhalb Deutschlands passiert. Gerade, wenn man sich diese Tendenzen der internationalen Forschung in den letzten Jahren anschaut, sieht man, wie in vielfacher Hinsicht in den mittel- und osteuropäischen Staaten mit der eigenen Forschung in Sachen Aufarbeitung Fortschritte gemacht worden sind. Tony Judt könnte man in dieser Hinsicht mit seinem einschlägigen Werk erwähnen. Auch Aspekte von Kollaboration und Widerstand in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts werden international sehr, sehr stark erforscht. Wir

müssen mit unserer eigenen Gedenkstättenkonzeption an diese Dinge anknüpfen. Norman N. Naimark, Tony Judt, ich habe sie genannt. Es sind sehr viele ausländische Forscher, und wir dürfen uns in dieser Hinsicht, auch was die Gedenkstätten angeht, nicht abhängen lassen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Scholtyseck. Als Nächster, bitte, Herr Prof. Dr. Schroeder.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: In vielen Punkten möchte ich meinem Vorredner zustimmen. Ich möchte zur ersten Frage einiges ergänzen. Es handelt sich um eine gelungene pragmatische Fortschreibung, aber darüber hinaus ist sie auch offen für weitere Dinge. Es werden Türen geöffnet für Kooperationen und für engere Absprachen. Ich denke, das sollte genutzt werden. Zum Zweiten glaube ich, dass die beiden Diktaturen in ihrer unterschiedlichen Gewichtung durchaus differenziert dargestellt werden, was sich in der Kennzeichnung jenseits dessen, dass sie als totalitär bezeichnet werden, durchaus äußert. Es findet keine Gleichsetzung statt, sondern es wird dem unterschiedlichen Gewicht Rechnung getragen. Ich denke, das sollte sich dann auch in den Konsequenzen widerspiegeln. Selbstverständlich ist die DDR nicht nur ein deutscher Teilstaat gewesen, sondern als Anhängsel der Sowjetunion auch als Teil eines großtotalitären Regimes zu betrachten. Insofern denke ich, dass das letzte Jahrhundert nur angemessen beurteilt werden kann, wenn tatsächlich die Auseinandersetzung dieser beiden totalitären Systeme und ihre Beziehung zum freiheitlichen System angemessen berücksichtigt wird.

Ich komme zum letzten Teil der ersten Frage. Ich glaube, dass wir Maßstäbe, normative Maßstäbe, zur Beurteilung der beiden Diktaturen brauchen. Diese können meines Erachtens nur die einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sein, und aus dieser Perspektive können wir dann auch angemessen und differenziert diese beiden Diktaturen bewerten.

Und jetzt zur zweiten Frage: Die Erinnerung an und die Auseinandersetzung mit der DDR ist bei einem Großteil der Bevölkerung, vornehmlich in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland und auch bei der jüngeren Generation, nicht vorhanden. Ich sehe eine ähnliche Situation wie Anfang der 60er Jahre bei dem Wissen über die NS-Diktatur, bei der Nichtbehandlung in den Schulen, und das führt dann heutzutage dazu, dass Schüler mangelhaft aufgeklärt sind. Wir werden am Freitag eine Studie vorstellen, deren Ergebnisse zum Teil erschreckend sind. Wir stellen fest, dass die DDR im Wesentlichen als eine soziale Gesellschaft dargestellt wird, in der der Alltag solidarisch war und gut funktionierte und die diktatorischen Aspekte dieser Gesellschaft weitgehend ausgeblendet sind. Das geht so weit, dass ein Großteil der jungen Leute die DDR überhaupt nicht als Diktatur einordnet. Das heißt, hier ist ein gewisser Nachholbedarf, nicht nur bei der Aufarbeitung – dort vielleicht sogar weniger – als bei der Vermittlung der Kenntnisse über die DDR, dass es hier nicht zu einer Verklärung kommt, die dann wiederum neuen totalitären Verführungen Raum öffnen kann. Ich denke, hier ist die Tür geöffnet.

Ich möchte zum ersten Punkt noch einen Teil ergänzen. Ich finde es gut, dass der Entwurf keine Überbürokratisierung anstrebt und dass er die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einrichtungen durchaus auf freiwillige Basis hebt, dass regionale, auch zivile, Initiativen mit einbezogen werden, dass also die ganze plurale Erinnerungs- und Gedenklandschaft als solche in den Blick ge-

nommen wird. Es liegt auch an den Initiativen und Einrichtungen selber, dass sie mehr daraus machen. Der Entwurf zumindest bietet hierfür einen guten Eingangsbereich.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Schroeder. Ich schaue auf die Uhr. Die CDU/CSU-Fraktion hat noch knapp siebeneinhalb Minuten. Herr Kollege Börnsen, bitte.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU): Herr Prof. Dr. Schroeder, ich möchte einmal ansetzen bei Ihrem Namenskollegen Richard Schröder, der einen Artikel veröffentlicht hat unter dem Titel „Wir sind nicht zum Trübsinn verpflichtet“. Sie haben von der gesamten Gedenklandschaft gesprochen, über die man jetzt diskutieren muss. Halten Sie die Aussage ihres Kollegen Richard Schröder, der sich zum Thema Freiheits- und Einheitsdenkmal positiv geäußert hat, in der Tendenz „Wir sind nicht zum Trübsal verpflichtet“ für eine wegweisende Bemerkung im Hinblick auf das gesamte Geschichtsverständnis? Außerdem möchte ich Herrn Prof. Dr. Faulenbach gerne etwas fragen. Ich glaube, sie haben eingeführt, dass es sich um ein pragmatisches Konzept handelt. Können sie uns vielleicht mit ein, zwei Sätzen sagen, was Sie in diesem Zusammenhang unter Pragmatismus verstehen?

Vorsitzender: Erst war eine Frage an Herrn Prof. Dr. Schroeder adressiert, dann an Herrn Prof. Dr. Faulenbach. Wir haben insgesamt noch sechs Minuten Zeit.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Herr Börnsen, ich würde meinem Namensvetter mit Ö dahin gehend unterstützen zu sagen, nicht nur Trübsal, wenn er damit die Erinnerung an die dunklen Seite der Geschichte meint. Ich glaube, dass mit dem geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmal auch eine Tür aufgestoßen wird hin zu den positiven Traditionen, die es in diesem Land ja auch gibt. Es ist der Freiheitsgedanke, es ist auch der Gedanke der ersten deutschen Demokratie, der ein bisschen unterbelichtet ist. Wir sollten also durchaus nicht nur diese dunklen Seiten, die der Erinnerung wert sind, sondern auch positive Stränge sehen. Wir müssen gerade bei jungen Menschen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass diese zivile bürgerliche Gesellschaft verteidigungswert ist, dass es sich hier um eine Gesellschaft handelt, die einen Gegenentwurf zu diktatorischen Gesellschaften darstellt. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass dieses geplante Denkmal hier in Berlin entstehen soll, damit wir diesen positiven Zweig, und vor allen Dingen den Gedanken der Freiheit, besser würdigen als bisher und offensiver würdigen als bisher.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Faulenbach, bitte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Das vorliegende Konzept versucht nicht, Defizite, die es insgesamt gesehen gibt, zu benennen, auch nicht Ziele abstrakt zu formulieren oder auch die deutsche Situation in internationale Zusammenhänge einzuordnen. Es fehlt etwas diese Reflexionsebene. Stattdessen geht man so vor, dass man sagt, da und da und da müsste etwas gemacht werden. Dieses nenne ich ein pragmatisches Vorgehen. Man versucht, die Dinge aufzugreifen, die gerade in der Diskussion sind. Man kann fragen, ob dieses Verfahren wirklich in jeder Hinsicht befriedigend ist. Nun wird ein solches Konzept

nicht eine wissenschaftliche Abhandlung sein können und wollen und die Philosophie nicht immer einzeln ausbreiten wollen. Es ist auch sicher sinnvoll, so etwas wie ein offenes Konzept zu haben. Dies liegt in gewisser Weise vor, aber es gibt natürlich gleichwohl dadurch, dass man jetzt ganz bestimmte Probleme hintereinander gereiht hat, ein wenig den Eindruck in Teilen der Öffentlichkeit, als ob, bezogen auf die NS-Zeit, die wesentliche Arbeit getan sei, während es im Hinblick auf die Nachkriegsperiode dann eben den großen Nachholbedarf gäbe. Da hätte ich Zweifel, ob wir das in dieser Pauschalität sagen können, etwa mit der Zielsetzung, dass eine Neugewichtung zwischen diesen beiden Vergangenheiten und ihre Entsprechung im Gedenkstättenbereich nötig wäre. Dies hielte ich für außerordentlich diskussionsbedürftig.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Faulenbach. Es sind noch drei Minuten. Bitte schön.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/ CSU): Dann stelle ich schnell eine Frage an Herrn Prof. Dr. Schroeder. Sie wissen, ich bin gebürtige Westdeutsche mit einem Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf. Deshalb interessiert mich die Unterscheidung bei der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit in den alten und neuen Bundesländern. Sie haben eben von dem Bewusstsein gesprochen, wie schwer das ist, auch vom totalitären System und von Diktatur zu sprechen. Ich denke, auf Grund der Tatsache, dass dieses totalitäre System nur in einem Teil der Republik stattgefunden hat, ist es sehr schwer, dass gesamtgesellschaftliche Bewusstsein in der Bundesrepublik dafür zu schärfen. Wo sehen Sie Möglichkeiten zu reagieren und welchen Aufgabenbereich geben Sie den alten Bundesländern dabei?

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Das Bewusstsein in Westdeutschland, dass die DDR-Geschichte auch Teil der eigenen Geschichte ist, der deutschen Teilungsgeschichte, der Geschichte nach 1945 ist tatsächlich etwas unterbelichtet. Aber bei unserer schon erwähnten Schülerbefragung in vier Bundesländern stellte sich erstaunlicherweise heraus, dass Schüler aus den alten Ländern zumindest einen höheren Kenntnisstand über die DDR haben. Das heißt, sie beurteilen die DDR zwar anders als die ostdeutschen Schüler, aber sie verfügen über einen höheren Kenntnisstand, was meines Erachtens darauf hindeutet, dass die DDR in einigen ostdeutschen Ländern in der Schule nicht ausreichend behandelt wird. Das ist sicherlich auch auf eine mangelhafte Faktenvermittlung zurückzuführen. Außerdem bleiben in familiären Gesprächen offenbar gewisse Dinge außen vor. Gleichwohl denke ich, dass vor allen Dingen in der Lehrerbildung die DDR stärker berücksichtigt werden muss. Nach den einschlägigen Studien scheint es ja so, als ob jenseits von Berlin dies an Universitäten überhaupt kein Thema mehr ist. Insofern ist hier nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Ländern genügend Bedarf.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt kommt die FDP-Fraktion an die Reihe. Herr Kollege Waitz, acht Minuten insgesamt.

Abg. Christoph Waitz (FDP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, recht herzlichen Dank. Das heutige Thema, nämlich die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes in Deutschland, ist ja ein ganz wesentliches Thema im Zusammenhang damit, wie wir der Opfer zweier deutscher Diktaturen gedenken. Das Ziel einer solchen Konzeption ist es, wenn ich das richtig verstanden habe, nicht nur der Opfer zu

gedenken, sondern insbesondere auch die Wirkungsweise dieser diktatorischen Systeme zu verstehen. In welchem Maße sie vergleichbar und nicht vergleichbar sind, das soll deutlich gemacht werden. Darüber hinaus soll es Aufgabe sein, unseren nachwachsenden Generationen zu vermitteln, dass es das Scheitern der ersten deutschen Demokratie war, das diese Diktaturen erst ermöglicht hat.

Meine Frage richte ich deswegen an Herrn Prof. Dr. Schroeder und Herrn Prof. Dr. Sabrow. In welchem Umfang ist das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, Teil der Vermittlungsarbeit im Rahmen dieses Gedächtniskonzeptes, um nachvollziehbar zu machen, wie es dazu kommen konnte? Und was sind die notwendigen Gegenmaßnahmen, um das Wiederentstehen einer Diktatur auf deutschem Boden unmöglich zu machen? Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Schroeder, Sie sind dauerbeschäftigt. Sie sind zuerst angesprochen worden, dann Herrn Prof. Dr. Sabrow. Bitte.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Ich glaube, dass das Scheitern der ersten Demokratie, was die ökonomischen Aspekte angeht, die politischen usw., hinreichend aufgearbeitet ist. Was mir unterbelichtet scheint, ist, dass es an der Stärkung einer zivilen Gesellschaft fehlte, dass man das sozusagen im Anti analysiert hat, dass man aber noch viel zu wenig herausarbeitet, warum diese beiden totalitären Strömungen diese Demokratie sturmreif schießen konnten. Wie ist es gelungen, diese Gedanken in den Köpfen der jungen Menschen zu verankern, die nur noch die links- oder die rechtstotalitären Kräfte und Bewegungen attraktiv fanden? Das ist mir bisher zu wenig bearbeitet, auch die Faszination des Nationalsozialismus, also der Bewegung. Es ist ja oft die Rede von den Bindungskräften der DDR. Was waren die Bindungskräfte der Nationalsozialisten? Was hat sie so faszinierend gemacht für junge Leute? Was hat dann den Untergang dieser ersten Demokratie bewirkt? Meines Erachtens die Schwäche der freiheitlich-demokratischen Kräfte, die weitgehend passiv den aktiven totalitären Kräften gegenüber waren, und das ist für mich auch die Botschaft für heute, nicht nur das Anti, sondern das Stärken der eigenen positiven Kräfte.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Die Frage, Herr Waitz, trifft das Gedenkstättenkonzept ja ganz von der Seite. Der Weg des Gedenkstättenkonzepts ist ja ein anderer. Ausgehend von dem Umstand, dass wir in Buchenwald und in Sachsenhausen plötzlich Themen haben, die wir heute anders darstellen, hat sich ein Gedenkstättenkonzept entwickelt und ausgedehnt. Es ist nicht so gegangen, wie bei der Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“, die wir früher hier im Reichstag hatten und jetzt am Gendarmenmarkt finden, dass man sich überlegt hat, wie man eine Erzählung der deutschen Geschichte an die Öffentlichkeit vermittelt. Insoweit ist es jetzt eine Frage, die etwas von der Seite kommt und das Gedenkstättenkonzept eigentlich auch erst einmal nicht tangiert, das stärker von den Orten, die bereits bestehen und die um Bundesförderung nachgesucht haben, ausgegangen ist. Das ist etwas grundsätzlich anderes.

Gleichwohl finde ich, berührt Ihre Frage einen wichtigen Paradigmenwechsel. Wir haben wahrscheinlich auch noch zu den gemeinsamen Studienzeiten sehr viel über Legalität und Legitimität der Macht-

ergreifung nachgedacht, die Frage erörtert, warum die erste deutsche Demokratie gescheitert ist und ob nicht die zweite deutsche Demokratie, mit Alemann zu sprechen, doch Weimar als Bonn wiederholen könnte. Das ist eine Frage, die heute durch unsere völlig anders verfasste Erinnerungskultur sehr viel stärker aus dem Blickpunkt geraten ist, und man kann mit Grund darüber nachdenken, ob das richtigerweise so ist oder nicht so sein sollte. Aber es ist in der Tat einfach so gegeben und deswegen finde ich auch, was das Gedenkstättenkonzept angeht, und ich habe das schriftlich erläutert, dass es wichtig ist, neben den Vertretern der beiden Realhistorien, um die es uns geht, auch einen Vertreter oder eine Position zu haben, die sich sehr viel stärker mit der Entwicklung von Gedächtniskultur, von Erinnerungskultur, von Gedächtnisforschung auseinandersetzt und deutlich macht, wie die öffentliche Aufmerksamkeit wandert, was der Begriff des authentischen Ortes, den es früher so nicht gegeben hat, bedeutet oder warum möglicherweise ein Denkmal heute nicht mehr dieselbe Funktion hat, wie das erste Denkmal, das wir auf dem Platz vor dem früheren Schloss hatten, wo möglicherweise das Denkmal für deutsche Einheit und Freiheit stehen kann. Das war damals ja ein nationalgeschichtliches Denkmal. Ich nenne das immer die mimetische Erinnerungskultur, die an Nachahmung, Nacheiferung, Stolz der Nation usw. orientiert war. Wir haben ja sehr viel stärker ein kathartisches Gedächtnis, das mit Brechung operiert, mit Lernen, mit Bewusstsein, Schuld einzugestehen, Scham zu entwickeln, sich zu distanzieren. Und weil dieses Gedächtnis heute mehrheitlich so anders verfasst ist, haben Denkmäler des klassischen Typs es sehr schwer.

Richard Schröder hat die Position, die in dem Trübsal-Satz zum Ausdruck kommt, einmal in einer anderen Weise mit kirchlichen Begriffen ausgedrückt: Man feiere ja auch nicht Karfreitag und Ostersonntag an einem Tag. Das ist aber in der Tat eine liturgische Position, die, glaube ich, in der Erinnerungskultur unserer Zeit nicht zum Tragen kommen kann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sabrow. Es bleiben zwei Minuten, soll ich sie anrechnen auf die nächste Stunde oder wollen Sie noch etwas fragen?

Abg. Christoph Waitz (FDP): Vielleicht noch einmal ganz kurz nachgefragt, Herr Prof. Dr. Sabrow: Wenn es einen Bildungsauftrag in diesen Einrichtungen gibt, einen Vermittlungsauftrag, brauche ich dann nicht die Kenntnis der Zeit zwischen 1933 und 1945, um nachvollziehen zu können, woher die Wirksamkeit dieser Bewegung kommt?

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Wenn Sie einen Historiker fragen, klar, die Geschichte ist eine Kette und alles hat seine Kausalitäten, aber wir sind ja jetzt doch hier sehr viel spezieller und wir diskutieren im Moment sehr allgemein einen gedenkpolitischen Ansatz, den, glaube ich, alle im Raum grundsätzlich akzeptieren und grundsätzlich teilen. Wir haben seit 1991 die „Faulenbachsche Formel“, wie wir das alle nennen, und ich glaube, dass dieser antitotalitäre Konsens uns auch leiten kann. Wenn wir die Gesamtfrage stellen, wie historisches Wissen in unserer Gesellschaft organisiert wird, dann gäbe es in der Tat Aspekte, die wir stärker berücksichtigen müssten. Aber die Arbeit der Universitäten, das Verhältnis von Forschung und Lehre, ist hier ja gerade nicht Thema. Sonst müssten wir zu allererst darüber sprechen, dass die akademische Zeithistorie, während wir über Gedenkstätten sprechen, immer weiter ausgezehrt wird, dass wir in Berlin

zum Beispiel keinen Lehrstuhl für Holocaust-Studies haben, etwas, das man außerhalb Berlins oder Deutschlands unter Umständen als seltsam empfinden kann. Dass man nicht mehr wie früher von den zeithistorischen Lehrstühlen aus Gedenkstätten mitorganisiert und mitbetrieben ist auch besorgniserregend. Ich glaube, Kollege Steinbach ist einer der wenigen, der das noch so tut. Stattdessen haben wir eine Verlagerung von zeithistorischen Forschungsressourcen auch an Gedenkstätten und andere Träger, was grundsätzlich dann kein Problem ist, wenn nicht damit die universitäre Zeitgeschichte auf der Strecke bleibt. Und diese Sorge, das habe ich in meinem Votum ausgedrückt, beschleicht mich, zumal das Papier, das uns vorliegt, der sehr aner kennenswerte Vorschlag, diese Trennung zwischen Forschung und Forschungsförderung nicht in substantieller Weise macht. Ich habe versucht, das im Einzelnen zu zeigen, wie das meines Erachtens für eine Zeit auch immer notwendig ist, in der Geschichtspolitik, Geschichtskultur und Geschichtswissenschaft einmal nicht mehr im Schulterschluss miteinander und nicht mehr im Konsens stehen. Dann könnten Schwierigkeiten auftreten, die uns jetzt noch gar nicht bewusst werden. Ich finde, auf die müssten wir mit einer zukunftsorientierten Politik achten.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen zur SPD-Fraktion, 19 Minuten. Als Erster, vermute ich, Herr Dr. Thierse.

Abg. Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD): Ich frage kurz, damit die Antworten lang sein können. Herr Prof. Dr. Sabrow, ich knüpfe sofort an die eben von Ihnen gemachte Bemerkung an. In Ihrer schriftlichen Stellungnahme sprechen Sie von der Gefahr der politischen Normierung historischer Aneignung, wörtlich, von der „Gefahr der staatlichen oder öffentlichen Festschreibung eines historischen Geschichtskonsenses“. Da ich kein Interesse daran habe, dass wir etwas machen, was ich aus DDR-Zeiten kenne, frage ich Sie: Wie kann dieser Gefahr entgegengewirkt werden, durch welche Akteurskonstellationen, durch welche institutionellen Konstellationen? Dazu kommt dann die konkretere Frage, weil sie, glaube ich, damit zusammenhängt: Halten Sie die Herabstufung des Expertengremiums zu einem Beratungsgremium für sinnvoll, notwendig oder eher für falsch?

Die zweite Frage geht an Herrn Prof. Dr. Faulenbach. Sie haben eben schon einmal erwähnt, dass Sie von einem Mangel an kritischer Reflektion der bisherigen Gedenkstättenförderung ausgehen und ein offenes Konzept favorisieren. Mich interessiert: Was ist mit diesem offenen Konzept gemeint? Könnten Sie das inhaltlich füllen? Und dazu dann die weitere konkretere Frage: Sie sagen, wir brauchen eine genauere definitorische Unterscheidung zwischen Gedenkstätten und Erinnerungsorten und ihren jeweils spezifischen Aufgaben. Vielleicht könnten Sie das ein bisschen erläutern.

Vorsitzender: Die erste Frage war an Herrn Prof. Sabrow gerichtet, bitte schön.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Das ist noch einmal die Frage nach dem Verhältnis von Forschung und Wissenschaft, die ja auch im Fragenkatalog auftaucht. Es ist natürlich relativ schwierig, das im politischen Raum zu erörtern. Schließlich treffen wir hier politische Entscheidungen und schon der Umstand, dass Universitätshistoriker als geschichtspoli-

tische Akteure auftreten, ist ein Problem, Herr Dr. Thierse. Ich halte es nicht für lösbar. Ich halte es aber für wichtig, dass wir uns dessen bewusst sind.

Ich komme noch einmal zurück auf den Begriff des Normativen, den der Kollege Dr. Schroeder entwickelt hat. Natürlich ist im gedenkpolitischen Kontext eine normative Besinnung auf die Grundlage unseres Tuns, also der antitotalitäre Konsens, ganz entscheidend. In der Wissenschaft hingegen kann die normative Übertragung unserer Maßstäbe erkenntnisverstellend wirken. Ich habe versucht, das am Beispiel des Begriffes SED-Unrecht deutlich zu machen. Das, was sich uns als Unrecht darstellt - und das mit guten Gründen -, so sehr es auch in der juristischen Aufarbeitung mit der „Radbruchschen Formel“ auch hier das Problem zwischen Normativität und positivem Handeln gibt, dieses Unrecht stellt sich in der Analyse möglicherweise als etwas ganz anderes dar. Und damit kommen wir jetzt zu der Frage der Bindungskräfte, dass eine Analyse dessen, warum Diktatur funktioniert hat, ein Stück verstellt werden kann, indem wir unsere normative Position übertragen. Wir können uns auch nicht völlig von ihr lösen, sonst würden wir in die historistische Falle des 19. Jahrhunderts fallen und mit Ranke alle Epochen gleichnah bei Gott oder beim Teufel sehen. Aber diese Reflektionsfähigkeit auf die Begrenztheit auch des Normativen, die scheint mir sehr wichtig.

Wenn Herr Neumann wie auch Herr Prof. Dr. Schäfer in dem Papier den Begriff der NS-Terrorherrschaft als stehenden Begriff nehmen, so beschreiben Sie, Herr Neumann, damit etwas, was tatsächlich das NS-Regime auch in fürchterlicher Weise gekennzeichnet hat, sehr viel stärker nach Außen als nach Innen und sehr viel stärker am Ende als am Anfang. Aber dass diese Herrschaft eben nicht allein eine Terrorherrschaft war, sondern auf eine von den Menschen vielfach nicht nur getragene, sondern in ihrer Radikalisierungsdynamik ja beförderte, zum Holocaust gebrachte Gesellschaft war, das scheint mir die eigentliche Erkenntnis zu sein, die wir auch der nächsten Generation vermitteln müssen, wenn Gedenken mehr sein soll als nur der Spiegel unseres Abstandes zur Vergangenheit. Wir kommen damit in Bereiche, die oft gedenkpolitisch gar nicht voll zu erfassen sind, aber von der Wissenschaft in einer arbeitsteiligen Gesellschaft natürlich in starkem Maße beachtet werden müssen. Darum muss der Historiker ein Stück weit auch immer wieder hinter die Öffentlichkeit zurücktreten und aufpassen, dass er nicht in zu starkem Maße zum Akteur wird.

Wie sich das mit diesem Papier darstellt, bis in die semantische Begrifflichkeit, habe ich versucht zu erläutern. Am deutlichsten wird es im Begriff der Aufarbeitung selbst, in dem ja Wissenschaft, öffentliche Geschichtskultur, staatliches Handeln geradezu zusammenfließen und das mit einem gewissen moralischen, empathischen Bekenntnis. Darauf muss der Historiker, meine ich, wenn er seiner Rolle gerecht werden will, skeptisch reagieren und eine Rücknahme einfordern, wie ich sie hier vorgeschlagen habe, bzw. bei Beratungsgremien darauf drängen, dass dort Historiker in ihrer Eigenschaft als Fachhistoriker gefragt werden und ihre autonome Rolle spielen können. Ebenso ist darauf zu drängen, dass nicht Forschungsergebnisse oder majoritäre oder minoritäre Positionen in politischen Papieren festgeschrieben werden. Der Begriff der beiden totalitären Diktaturen zum Beispiel spielt im gedenkpolitischen Raum eine zentrale Rolle, in der Fachwissenschaft eher eine marginale. Das kann man akzeptieren, das muss man nicht akzeptieren. Das kann man ganz unterschiedlich sehen. Vielleicht können das die Kollegen Prof. Dr. Scholtyssek aus Bonn und Prof. Dr. Schroeder aus Berlin ganz anders beurteilen als ich. Aber gerade darum finde ich es wichtig, denn das ist unsere Chance heute,

dass Papiere, die einen gedenkpolitische Lager übergreifenden Konsens bilden wollen, sich dort zurücknehmen und nicht in die wissenschaftliche Aussagenbildung hineingehen. Deswegen scheint mir ein Satz wie „hier müssen Begrifflichkeiten geklärt werden“ in ein solches Papier von der Rhetorik her gar nicht hineinzupassen, weil das ein anderes Register ist.

Damit habe ich, Herr Dr. Thierse, im Grunde genommen auch Ihre Frage beantwortet. Natürlich freue ich mich, wenn Historiker in ihrer Rolle als Sachverständige gesehen und gefragt werden. Ob sie politische Entscheidungskompetenz über die Beratung hinaus übernehmen sollten, ist eine Frage, die ich jetzt lieber in der Schwebe halten möchte.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sabrow. Jetzt bitte Herr Prof. Dr. Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Was ist ein offenes Konzept? Ich würde drei Punkte nennen wollen. Erstens, der Staat sollte sich in der konkreten Gestaltung zurückhalten. Er sollte Rahmenbedingungen schaffen und dafür sorgen oder dabei helfen, dass es Diskussionen gibt, gleichzeitig aber nicht unmittelbar intervenieren. Das wäre aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt.

Zweitens. Es kann nicht sein, dass Gedenkstätten gleichsam eine ganz bestimmte Botschaft zu exemplifizieren haben und anschaulich machen sollen. Sie müssen ihrerseits die ganze Widersprüchlichkeit des historischen Prozesses und historischer Realität widerspiegeln. Das heißt nicht, dass nicht im Hintergrund letztlich ein ganz bestimmtes Normensystem steht, aber eine Gedenkstätte ist mehr als nur dieses Anschaulichmachen von bestimmten Normen und einem bestimmten Beispiel.

Das Dritte, was ich sagen würde: Das Konzept muss insofern offen sein, als dass prinzipiell nicht abschließbar ist, was man da macht. Man setzt etwas weiter auf den Weg, und man hat in bestimmten Zeitabständen erneut darüber zu diskutieren. Mir würde daran liegen, vielleicht alle fünf Jahre einmal eine Art Bericht zu machen, wie der Stand ist, um den Diskussionsprozess voranzutreiben. Prinzipiell aber ist Auseinandersetzung mit Vergangenheit nicht abschließbar. Auch die Politik bzw. die Geschichtspolitik, die sich damit beschäftigt, ist aus meiner Sicht jedenfalls gut beraten, wenn sie die Offenheit dieses Prozesses der Auseinandersetzung mit Vergangenheit prinzipiell bejaht.

Die Frage Gedenkstätten/Erinnerungsorte. Ja, Gedenkstätten haben einen Schwerpunkt an Orten, an denen Menschen gelitten haben. So würde ich im engeren Sinne Gedenkstätten traditionell definieren, also auf einem Gelände, auf dem es ein Konzentrationslager gegeben hat und ähnliche Orte. Der Begriff „Erinnerungsorte“ ist dagegen weiter gefasst. Das sind u. a. solche Orte, die ihrerseits auf ein bestimmtes Geschehen verweisen, wobei in diesem Zusammenhang auch der Tätermoment eine Rolle spielen könnte. In dem Konzept, das der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien vorgelegt hat, ergibt sich zwischen diesen beiden Vergangenheiten eine gewisse Asymmetrie, wenn auf die NS-Zeit der eher traditionelle Gedenkstättenbegriff angewandt wird, während bezogen auf die Zeit danach ein etwas weiterer Begriff vorherrscht. Ich möchte das nur als Problem in diesem Zusammenhang andeuten.

Generell meine ich, müssten wir etwas stärker als das in unseren ersten Diskussionsphasen der Fall war unterscheiden zwischen der wissenschaftlichen Ebene, der Bildungsebene, der Gedenkstätten-ebene, der Ebene der Erinnerungsorte und der Museen. Es hängt natürlich irgendwo alles mit allem zusammen, aber für jede dieser Ebenen wären meines Erachtens spezifische Aussagen zu machen. Der Schwerpunkt dürfte bei uns auf den Gedenkstätten und Erinnerungsorten liegen. Aber es ist eben auch von der Wissenschaft geredet worden, auch im Papier klingt etwas von Wissenschaft an. Bestimmte Fragen lassen sich nicht eindeutig ganz bestimmten konkreten Orten zuweisen. Bei denen ist dann etwa die museale Bewältigung, soweit sie jetzt eine ästhetische anschauliche Komponente hat, ebenfalls in die Diskussion einzubeziehen.

Abg. Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Ich möchte die erste Frage an Herrn Prof. Dr. Benz richten. Wie sehen Sie die Einbeziehung von Brandenburg (Havel) in die NS-Gedenkstätten, die institutionell gefördert werden sollten? Wie würden Sie das einschätzen? Wo liegen hier Notwendigkeiten oder Möglichkeiten?

Die zweite Frage richtet sich ebenfalls an Sie. Sie betrifft noch einmal dieses Beratungsgremium. Einmal die Frage: Wie schätzen Sie diese Statusveränderung grundsätzlich ein, die eben schon angesprochen worden ist, eine Herabstufung zu einem Beratungsgremium? Zweitens die Frage nach den Institutionen: Macht es Sinn, Institutionen im Hinblick auf ihr Themengebiet zu begrenzen und damit auch Handlungskompetenzen ihrer jeweiligen Leiter, oder ist es sinnvoller, dies offener zu gestalten, um auch Wissenschaft und andere hier stärker berücksichtigen zu können? Wie sehen Sie die Frage einer ausländischen Beteiligung? Einer der Kollegen hat vorhin die Frage der Vernetzung dieser Erinnerungskultur, die ja nicht nur eine deutsche ist, sondern woanders auch stattfindet, angesprochen. Ist das eine sinnvolle Perspektive?

Ich gehe weiter zur kommunistischen Diktatur. Meine Frage betrifft die Normannenstraße, Haus 1. Wie schätzen Sie die Dringlichkeit ein, dieses Haus unter der Verantwortung des Bundes zu gestalten? Dazu würde ich gern Herrn Prof. Dr. Faulenbach hören. Wie dringend ist es, die Normannenstraße auf den Weg zu bringen, und wer könnte sonst als Verantwortlicher eingebunden werden, wenn das Land Berlin kein Geld hat? Kann Berlin nur das Gebäude einbringen und weitere Aufgaben dem Bund übertragen? Sehen Sie das auch so? Und noch einmal, wie schätzen sie die Dringlichkeit ein?

Vorsitzender: Danke schön. Herr Prof. Dr. Benz, Sie sind als Erster gefragt worden, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin: Ganz klar bin ich natürlich dafür, Brandenburg an der Havel, wenn es geht, aus vielen Gründen wegen seiner vielfältigen Bezüge in die Gedenkstättenförderung mit einzubeziehen. Der Zusatz, wenn es geht, ist natürlich der Vorsicht geschuldet, dass man nicht alles, was es bundesweit gibt und was gefördert werden müsste, auch tatsächlich mit einbeziehen und fördern kann. Grundsätzlich würde ich es sehr viel lieber sehen, wenn die Konkurrenz zwischen den Vertretern der einen Gedenkpolitik mit den Vertretern der anderen endlich aufhören würde, wenn in den Gremien die Professionellen miteinander reden würden und

dann nicht nur, wenn es politisch wird, gegeneinander reden. – Das erwartet man vielleicht nicht so sehr von mir, da ich in der Regel auf dem Antisemitismusforschungsticket anreise. Aber ich fühle mich ja doch in allererster Linie als Zeithistoriker, der sich ebenso für die eine Diktatur wie für die andere interessiert. – Ich denke, dieser Konkurrenzkampf müsste möglichst bald im Sinne von Synergieeffekten aufhören und in dem Beratungsgremium angemessen vertreten sein. So kann ich mir jetzt ein Berliner Gremium, in dem die NS-Gedenkstätten-Vertreter zusammensitzen mit jährlich wechselndem Vorsitz und Berichtspflicht, nicht so gut als ein Synergieinstrument vorstellen. Wenn man das will, muss man die anderen Gedenkstätten mit einbeziehen in ein solches Gremium, und man braucht einen Intendanten dazu und nicht den jährlichen wechselnden Vorsitz der in der Praxis untereinander konkurrierenden Gedenkstätten.

Die Herabstufung zum Beratungsgremium des gesamten Expertenrates halte ich an sich für kein Unglück. Ich war eher der bisherigen Regelung gegenüber skeptisch, an der es im Lande sehr viel Kritik gab, weil nämlich die nicht beteiligten Gedenkstättenleiter sagten, da sind einige Gedenkstätten vertreten, die bedienen sich selbst und die anderen schauen zu. Von daher scheint mir ein unabhängiges Beratungsgremium dringend notwendig, auf das man dann aber auch hört und dessen Sachverstand nicht nur zur Kenntnis genommen wird. Vielmehr sollte das Gremium tatsächlich etwas vom Gewicht einbringen können. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, und das ist mein größter Kritikpunkt an dem Konzept, dass es diese Hierarchisierung gibt. Dass Gedenkstättenleiter, also die Leute, die das operative Geschäft betreiben, ganz egal, ob in Hohenschönhausen oder in Dachau, dass die nur einen Gaststatus haben sollen. Vielmehr müssen Gedenkstättenleiter mit den Vertretern von außeruniversitären Institutionen zusammenkommen, wo ich ganz ausdrücklich neben München auch Potsdam nennen möchte. Aber auch mit den universitären Einrichtungen soll ein Austausch stattfinden. In diesem Gremium darf es keine Hierarchisierung geben.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Benz. Ich möchte jetzt Herrn Prof. Dr. Faulenbach bitten, wenn es möglich wäre, in zwei Minuten seine Antworten zu geben.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Zur Normannenstraße. Wir schleppen das Problem jetzt schon lange mit uns herum. Enquete-Kommissionen haben sich schon damit beschäftigt, es hat auch eine Sonderkommission gegeben. Hier muss meines Erachtens wirklich eine Lösung gefunden werden. Es ist überhaupt keine Frage, dass diese Einrichtung auch von gesamtstaatlicher Bedeutung ist, schließlich war sie das Zentrum des gesamten Stasiapparates. Das trägt umso mehr dazu bei, dass wir uns dieses Themas annehmen. Hier muss die öffentliche Hand, vor allem der Bund wirklich Verantwortung übernehmen. Was man an diesem Ort macht, das wäre doch eine vergleichsweise umfassende Dokumentations- und Ausstellungsinstitution, die sich mit Stasi-, aber auch darüber hinausgehender Repression beschäftigt, selbstverständlich dann auch mit den Auswirkungen und bestimmten Reaktionen, die sie hervorgerufen hat. Wichtig aber bleibt das Zentrum eben dieser repressiven Problematik, also der Repressionsproblematik dieses Systems. Aber noch einmal, ich glaube, da muss der Bund die Verantwortung übernehmen und zwar bald.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Jetzt kommt die Fraktion DIE LINKE. Frau Dr. Jochimsen. Sieben Minuten haben Sie Zeit für Fragen und Antworten. Bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Eingedenk der einleitenden Worte des Staatsministers zur unvergleichlichen Stellung der NS-Diktatur richtet sich meine erste Frage an Herrn Prof. Dr. Salomon Korn, wie er unter diesem Vorsatz das Gedenkstättenkonzept einschätzt und bewertet. Zweite Frage ebenfalls an ihn. Müsste ein Gedenkstättenkonzept, wie wir es jetzt diskutieren, auch unsere heutigen gesellschaftlichen Konflikte thematisieren, und da möchte ich vor allen Dingen das Erstarken des Rechtsextremismus ansprechen und den immer wieder auftretenden Antisemitismus, und wenn, wie? Drittens. Der Staatsminister hat ja angekündigt, wohl wissend, dass in dem Konzept Worte, Begriffe benutzt werden wie doppelte Diktatur und erste Diktatur und doppelte Diktaturgeschichte und doppelte Vergangenheit, dass man an dieser Sprache möglicherweise auch noch arbeiten könnte und etwas ändern müsste. Was müsste aus Ihrer Sicht, Herr Prof. Dr. Korn, an dieser Begrifflichkeit, die dieses Konzept ja durchsetzt, verändert werden?

Vorsitzender: Lieber Herr Prof. Dr. Korn, Sie sind allein gefragt worden, Sie haben jetzt auch allein das Wort.

Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main: Ich möchte versuchen, zusammenzufassen. Singularität des Holocaust – damit habe ich gewisse Probleme und zwar nicht vom Begriff her, sondern von seiner Verwendung her, wie er bisher auftaucht. Wir haben ja eine Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes von 1999, der diese Enquete-Kommission von 1998/99 vorausgegangen ist. Da werden eigentlich tragbare Grundsätze definiert. Mein Gefühl ist, dass das Sächsische Gedenkstättenengesetz, ich glaube, dass es 2002 auf den Weg gebracht wurde, davon abweicht, indem es etwas macht, was sich jetzt durchzieht und immer wieder auftaucht und was ich mit Sorge beobachte. Ich spreche jetzt als Politiker und nicht als Historiker. Es wird eine Präambel von der Singularität des Holocaust vorweg gestellt. Es wird also zwischen NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur unterschieden. Dann aber läuft plötzlich ein Text, der damit zwar noch etwas zu tun hat, aber doch sehr diffundiert in den Begriffen und in den Zuständigkeiten. Das habe ich schon einmal beobachtet bei dem CDU-Entwurf für ein Bundesgedenkstättenengesetz, der, glaube ich, 2004 von Herrn Nooke eingebracht wurde. Ich glaube, sinnigerweise am 27. Januar. Da läuft das genauso, eine Präambel vorweg von der Singularität des Holocaust und dann laufen die Begriffe munter durcheinander.

Ich weiß jetzt nicht, ob dieses Gedenkstättenkonzept, das wir nun vor uns liegen haben, ob das nicht in gewisser Weise, bis zu einem gewissen Grad wenigstens, auch diesen Fehler begeht, denn auch da diffundieren die Begriffe durcheinander. Ich habe meine Probleme, wenn Begriffe nicht scharf auseinandergehalten werden, denn wer exakt denkt, der formuliert auch exakt und umgekehrt genauso, wer unscharf formuliert, lässt natürlich Tür und Tor offen für Dinge, bei denen ich zumindest skeptisch bin.

Wir haben von Herrn Prof. Dr. Schroeder vorhin gehört, dass die DDR Teil des Sowjetsystems ist. Das ist sehr richtig, denn die DDR war nicht eine ausschließlich deutsche Diktatur, sie war auch eine von außen aufgezwungene Diktatur, während die NS-Herrschaft ja doch eine Konsensdiktatur war, das darf man nicht vergessen. Insofern ist auch ein Vergleich zwischen den Systemen mit Vorsicht zu genießen. Was also immer wieder diffundiert, ist die Frage, sieht man auf das Territorium der DDR, was in der DDR geschehen und von ihr ausgegangen ist, und schaut man auf das Territorium des Deutschen Reiches, was in ihm geschehen und von ihm ausgegangen ist, oder nimmt man, und ich habe das Gefühl, dahin tendiert das, die Gesamtverbrechen der Sowjetunion, die Gesamtverbrechen des Weltkommunismus und wirft die in die Waagschale, um dann das eine gegen das andere aufzurechnen? Das wird manchmal nicht so ganz deutlich gesagt, aber es wird so insinuiert. Ich habe auch bei dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Schroeder, der von den Verbrechen des Sowjetsystems und des weltweiten Kommunismus gesprochen hat, nicht ganz genau verstanden, in welche Richtung das gehen soll. Soll das Gedenkstättenkonzept auch unsere heutigen Konflikte thematisieren? Natürlich ist das wünschenswert und ich würde es begrüßen. Ich weiß nicht, ob das Konzept nicht irgendwann überfrachtet wird, aber es müsste natürlich irgendwo in der Gegenwart landen. Das heißt, es müsste relevant sein für unser Heute, für unsere Politik. Es kann nicht im Gedenken oder in der Erinnerung erstarren, ohne Ausläufer zu haben. Aber vielleicht muss man das auch offenlassen. Man kann, da folge ich Herrn Prof. Dr. Faulenbach, solche Dinge nicht grundsätzlich von vornherein festlegen, in ein Korsett geben und dann freie Wissenschaft betreiben, also Kritik üben, ohne eingeschränkt zu sein.

Zur doppelten Diktatur und zur doppelten Vergangenheit habe ich gesagt, was ich zu sagen habe. Was ich vermisse in der ganzen Sache ist die Beteiligung der Häftlingskomitees, der betroffenen Opferverbände, das kommt mir in der ganzen Geschichte etwas zu kurz. Ich glaube auch, dass wir jetzt in einer Zeit, in der die Zeitzeugen abtreten, die Betonung auf den Erhalt der authentischen Orte verstärken müssen. Wir werden ja auf der einen Seite die Menschen in der ehemaligen DDR haben, die das an Leib und Seele erlebt haben. Auf der anderen Seite wird es die, die den Nationalsozialismus noch erlebt haben, bald nicht mehr geben. Insofern käme dann dem Erhalt der authentischen Orte ein größerer Stellenwert zu als ich ihn aus diesem Konzept herauslesen kann. Herr Neumann hat gesagt, und so habe ich ihn verstanden, ich möchte diese Botschaft überbringen, dass der Entwurf eine solide und brauchbare Grundlage ist. Kann sein. Sie sagten, an dieser oder jener Stelle müsste eine Korrektur stattfinden. Ich denke, es müsste vielleicht über die Korrektur hinausgehen. Sie sagten, diese Botschaft überbringe ich. Angelehnt an Faust, die Botschaft hör ich wohl, mir fehlt auch nicht der Glaube, Herr Neumann, aber ich habe, um Sie zu zitieren, an dieser oder jener Stelle zumindest Zweifel.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihren Fragen an der Reihe. Frau Göring-Eckart, bitte.

Abg. Katrin Göring-Eckart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich würde es jetzt natürlich reizen, über Glaube und Zweifel zu reden. Das darf ich jetzt hier nicht. Ich richte meine beiden Fragen an Herrn Prof. Dr. Benz und eine dritte Frage an Herrn Prof. Dr. Benz und an Prof. Dr. Korn. Die erste Frage bezieht sich auch auf die Auswirkungen in die Gegenwart hinein. Herr Prof. Dr. Benz, wie beurteilen

Sie das Konzept der Bundesregierung im Hinblick auf die Herausforderung des wiedererstarkenden Antisemitismus und sind Sie der Auffassung, dass diesem Konzept an dieser Stelle noch Dinge hinzugefügt werden müssen?

Die zweite Frage, darüber ist ja schon viel gesagt worden, betrifft den historischen Kontext von NS- und DDR-Diktatur und die Unterschiede. Ich würde von Ihnen gern wissen, was wäre Ihr Vorschlag für ein solches Konzept, dafür zu sorgen, dass diese Unterschiede sehr deutlich werden?

Und die dritte Frage an Sie beide, Herr Prof. Dr. Korn und Herr Prof. Dr. Benz. Die Frage, wie kann man die Einebnung der Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und anderen totalitären Systemen im Rahmen der Erinnerungskultur aus Ihrer Sicht verhindern? Wenn man über die nivellierende Formulierung vom Jahrhundert des Totalitarismus redet, stellt sich ja einerseits die Frage nach der Beurteilung dieser Formulierung. Das ist, glaube ich, in Ihren vorhergehenden Beiträgen schon geschehen. Aber, nach vorn gedacht, würde ich gern andererseits von Ihnen einige Vorschläge hören, wie man genau die Wirkung verhindern kann. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin: Was die Bekämpfung aktueller leidiger Erscheinungen, Antisemitismus, insbesondere Rechtsextremismus angeht, so fürchte ich, sind die Gedenkstätten als Instrumente überfordert und überfragt. Es ist eine naive Vorstellung anzunehmen, wenn der Amtsrichter einem straffällig gewordenen Jugendlichen, der irgendwelche Sachen gesagt hat, einen Gedenkstättenbesuch, etwa in Sachsenhausen, aufbrummt, dass dieser Jugendliche dann hinterher geläutert ist. Da ist die Gedenkstätte überfordert und der junge Mann auch. Gedenkstättenarbeit, Erinnerungspolitik, kann nicht das leisten, was Schule leisten muss, was Universität leisten muss, was politische Bildung leisten muss. Das ist ein anderer Strang, und ich fürchte, das muss man auch deutlich und sauber trennen. Ebenso, wenn ich in dem Konzept die Überlegung finde, dass man zivilgesellschaftliche Initiativen fördern muss, hat auch das mit der Gedenkstättenförderung nichts zu tun. Dafür gibt es andere, auch einigermaßen ausgestattete Instrumentarien in unserem Land, die muss man stärken. Man kann nicht die Gedenkstätten noch mit einem zusätzlichen Bildungsauftrag, der elementar von der Schule und anderen Institutionen geleistet werden muss, befrachten.

Im Kontext DDR-Geschichte und nationalsozialistische Geschichte halte ich es für nicht so schlecht, zeitgemäß von totalitären Systemen zu reden und würde sagen, eine saubere Unterscheidung der beiden Zeiträume, der beiden Epochen, wie verschiedentlich angedeutet, ist das A und O. Wir müssen alle Einebnungen verhindern, auch wenn ich dafür plädiere, dass die Profis stärker miteinander arbeiten sollten. Das heißt nicht, dass man das in einen einheitlichen Brei, das war alles einmal recht schlimm und schlecht, und jetzt wollen wir das aber besser machen, zusammenrührt. Inhaltliche Differenzierung, das ist das ganz selbstverständliche Gebot jeder sauberen Arbeit. Aber Professionalisierung heißt auch, dass man in den Gremien nicht gegeneinander arbeitet und die eine schlimme Zeit gegen die andere schlimme Zeit in Stellung bringt.

Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main: Es wurde ja eben alles gesagt. Ich denke auch, saubere Begrifflichkeit ist

zunächst einmal, was einzufordern ist. Man muss nicht von doppelter Vergangenheit sprechen, wenn es sich um eine zweifache Vergangenheit handelt. Und man muss nicht von den beiden deutschen Diktaturen sprechen. Man kann ja auch von zwei Diktaturen auf deutschem Boden sprechen usw. Man kann für alle diese Begriffe und Unschärfen Begriffe finden, die wesentlich genauer sind.

Den Totalitarismusbegriff halte ich zumindest für fragwürdig und diskussionswürdig, denn er neigt doch dazu, systemische Ähnlichkeiten herauszuarbeiten, aber sagt wenig aus über Wucht, Bösartigkeit und Radikalität solcher Systeme, erst recht nicht zur exterminatorischen Ideologie des Nationalsozialismus. Es ist nun einmal so, dass dieser Nationalsozialismus in der Geschichte das größte Verbrechen in der Zivilisation begangen hat und bis heute Anhänger hat, Sympathisanten in aller Welt. Das darf man nicht vergessen. Und warum? Weil es die einfachste, primitivste und radikalste Art der Weltdeutung und der Welterklärung ist, zwischen vermeintlich absolut Guten und absolut Bösen zu unterscheiden. Das versteht auch noch der Dümme und kann sich dabei noch überlegen und erhaben fühlen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen zur zweiten Stunde. Die CDU/CSU hat 20 Minuten. Herr Kollege Grindel, bitte.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragenkomplexe, die ich gern an Prof. Dr. Schroeder und Prof. Dr. Scholtyseck stellen würde. Der erste bezieht sich auf die Birthler-Behörde, die Behörde für Stasiunterlagen. Hier ist in einem, wie ich finde, etwas missglückten Fernsehbeitrag, aber auch an anderer Stelle, der Eindruck erweckt worden, die Überführung in das Bundesarchiv würde die Aufarbeitung beschränken. Ist es nicht genau andersherum, dass man sagen kann, angesichts der Gutachten, die ja erhebliche Missstände aufgedeckt haben, angesichts einer sehr geringen Zahl von Materialien, die erschlossen sind, und angesichts der Affäre um den Schießbefehl, dass wir gerade der Aufarbeitung neue Dynamik verleihen müssen, auch im Hinblick auf den Zugang von Wissenschaftlern von außerhalb der Behörde? Und bietet sich hier nicht sogar eine große Chance, dass wir mit einem solchen organisatorischen Schritt zur Verstärkung der Aufarbeitung beitragen können? Ich würde Sie gerne fragen, wie Sie das bewerten, was sich zur Frage der Überführung in das Bundesarchiv im Konzept findet. Hier interessiert mich ihre wissenschaftliche Sicht, was auch Ihre Arbeit angeht, ob hier die Aufarbeitung nicht eine neue Dynamik durch den Umzug erhalten würde.

Der Zweite Fragenkomplex bezieht sich noch einmal auf das Thema Normannenstraße. Brauchen wir hier wirklich eine neue Trägerstruktur oder können es die, die dort schon sind, nicht ähnlich gut? Brauchen wir eine Stiftung unter Beteiligung des Bundes? Ich würde in der Tat fragen, ob die Absicht des BKM, hier ein Dokumentations- und Bildungszentrum zum Thema Repression und Widerstand einzurichten, an diesem Ort Ihrer Auffassung nach verantwortlich zu betreiben wäre. Es gibt ja einige, die sagen, das kann man in der Normannenstraße nicht machen. Da wäre mir Ihr fachlicher Rat wichtig.

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Ich weiß nicht, ob das üblich ist, aber ich möchte noch ganz kurz auf das, was vorhin gerade angesprochen

worden ist, eingehen. Ich finde, dass diese Diskussion an und für sich bisher sehr schön verläuft in der Hinsicht, dass man sich nicht gegenseitig beschimpft. Dieser Kampf um Begriffe, das ist etwas, was natürlich immer eine ganz große Rolle spielt, und es sind sicherlich auch Unterschiede festzustellen. Hermann Onken hat einmal gesagt, bei Geschichte dreht es sich in erster Linie um Nuancen. Und das ist auch hier zu beobachten. Ich denke, dass niemandem widersprochen wird, Herr Prof. Dr. Korn, wenn gesagt wird, dass der Vergleich mit der DDR, und ich drücke das mit Ihren Worten aus, mit Vorsicht zu genießen ist. Das ist sicherlich eine ganz, ganz wichtige Voraussetzung. Auf der anderen Seite gerät der Begriff Totalitarismus, totalitäre Diktaturen ins Fadenkreuz. Darüber kann man auch wissenschaftlich streiten, aber Hanna Arendt hat den Begriff ja mit gutem Grund benutzt, also darüber könnte man lange diskutieren.

Ich möchte zur eigentlichen Frage, die angesprochen worden ist, kommen, zur BStU. Aus der Sicht des Historikers wäre es mir am liebsten, wenn der Übergang ins Bundesarchiv so schnell wie möglich erfolgen könnte. Man weiß natürlich, dass schon sachliche und faktische Gründe dagegen sprechen, weil das eine Umstrukturierung wäre, die lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Man spricht, glaube ich, von drei oder vier Jahren, bis das überhaupt möglich wäre. Aber unter sachlichen Aspekten ist das Bundesarchiv an allererster Stelle die geeignete Institution, die archivarische Sicherung zu ermöglichen und den Zugang professionell zu lösen. Die bisherigen Erfahrungen mit der BStU lassen das tatsächlich dringlich erscheinen. Sie haben darauf verwiesen, dass diese Thesaurus-Anwendung ausgesprochen fragwürdig ist. Man muss sich nur einmal vorstellen, was es bedeutet hätte, wenn z. B. in der Mitte der 50er Jahre das Bundesarchiv mit einem Thesaurus gearbeitet hätte, der die Terminologie des Nationalsozialismus verwendet. Da wäre jemand, der an der Spitze dieses Amtes gestanden hätte, ganz schnell weg gewesen. Das zeigt eben auch, wie notwendig es ist, den Sachverstand an der richtigen Stelle zu platzieren. Man könnte auch andere Dinge erwähnen, die im Sommer wiederum das Interesse der Öffentlichkeit auf die BStU gelenkt haben, aber ich will das nicht weiter vertiefen. Das heißt noch einmal, unter sachlichen Gesichtspunkten wäre es wünschenswert, je eher desto besser.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Ich möchte noch eine kurze Vorbemerkung zu Herrn Prof. Dr. Korn – auf mich bezogen – machen. Der Hinweis auf die stalinistische Sowjetunion und ihre Verbrechen sollte nur heißen, dass, wenn man vergleicht, nur der Vergleich von Verbrechen wirklich sinnvoll ist. Die DDR hier in den Fokus zu ziehen, ist absurd. Ich glaube, da sind wir uns einig. Das haben Sie dann missverstanden.

Mein zweiter Punkt. Der Begriff des Totalitären. Auch das ist eine Frage der Definition. Wenn man totalitär sehr eng definiert, halte ich den Begriff auch nicht für sinnvoll, wenn er aber als Versuch definiert wird, eine neue Gesellschaft, eine neue Ideologie, einen neuen Menschen zu schaffen, gleich wie und mit welchem Ziel, kann man sehr wohl davon sprechen, weil es dann ein offener Totalitarismusbegriff ist. Ich glaube, man liegt gar nicht so weit auseinander. Wenn man das, was gesagt wurde, ernst nimmt, könnte man sonst ja auch den Begriff Diktatur nicht mehr verwenden, weil die DDR eine Diktatur war und der NS-Staat auch eine Diktatur war. Also, man muss begrifflich sehr präzise und sorgfältig arbeiten und die Differenzen sichtbar machen.

Jetzt zur BStU. Ich halte die Diskussion, die wir seit einigen Wochen haben, BStU ja oder nein, nicht für fruchtbar. Ich würde eher diskutieren wollen, welche Funktion hat die BStU übernommen, können diese Funktionen in anderer Weise in den nächsten Jahren optimal und vielleicht noch besser hergestellt werden? Denn dass ein Ende irgendwann bevorsteht, das ist ja unbestritten. Es geht ja nur um den Zeitraum. Wenn die Übergabe an das Bundesarchiv nicht nur den Status quo sichert, sondern den Zugang noch verbessert, und das müsste ein Überleitungsgesetz dann leisten, dann wäre ich dafür, es möglichst schnell zu machen. Wir könnten so auch ein Missverhältnis ausräumen, an dem die BStU natürlich nicht schuld ist, aber das durch die BStU mitbedingt ist, nämlich, dass wir bei der Analyse der Repression in der DDR immer nur das MfS im Fokus haben. Dabei vergessen wir jedoch diejenigen, die das MfS eigentlich geführt haben und somit verantwortlich sind, nämlich die SED, die bleibt außen vor. Ich würde es begrüßen, wenn in der zeitgeschichtlichen Forschung, die Dimension des Zusammenwirkens von SED und MfS und anderer gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen stärker in den Vordergrund gestellt würde. Dies könnte dann, wenn die Unterlagen, die archivarischen Überlieferungen, gleichermaßen im Bundesarchiv sind, die Aufarbeitung befördern.

Zu Haus I bin ich anderer Meinung als viele andere Sachverständige. Ich glaube sehr wohl, dass es ein doppelter authentischer Ort ist. Es ist ein authentischer Ort der Täter, ohne Frage. Zudem spielt aber auch die doppelte Besetzung der Normannenstraße eine wichtige Rolle, einmal zur Öffnung des Archivs und zum Zweiten zur Gründung der BStU, also zur Nichtschließung oder Vernichtung der Akten. Das dürfen wir ja nicht vergessen. Das war die Geburtsstunde der BStU. Insofern hat es durchaus einen Reiz, wenn diejenigen, die im Widerstand zur SED-Diktatur standen, dort an diesem Ort auch aufzeigen, wie a) die Repression funktionierte und b) was es an Widerstand gab.

Ich möchte einen Punkt nennen, der mir immer ein bisschen unterbelichtet scheint. Ich glaube, in der Normannenstraße im Haus I, das ich sehr gut kenne, ist in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet worden. Die Initiativen, die dort vor Ort sind, die zum Teil ehrenamtlich arbeiten, zeigen, dass es auch ohne staatliche Aufsicht und Bürokratie geht. Hier wird eine erstrebenswerte, lobenswerte Arbeit geleistet, die auf keinen Fall eingedampft werden darf, sondern hier müssen Konzepte gefunden werden, sei es in Form einer Stiftung oder anders. Auch die Zusammenarbeit mit Hohenschönhausen müsste enger ausfallen. Ich glaube aber, dass hier der richtige Ort der Aufklärung, der Aufarbeitung und des Einbezugs dieser zivilgesellschaftlichen Initiativen ist.

Vorsitzender: Bevor ich jetzt das Wort weitergebe, möchte ich Sie, Herr Prof. Dr. Scholtyseck, noch fragen, ob Sie noch etwas zu Haus I sagen wollten?

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Ich habe bewusst nichts gesagt, weil ich angenommen habe, dass Herr Prof. Dr. Schroeder dazu etwas sagt. Deshalb vielleicht nur ein Punkt, den ich dazu anführen könnte. Ich wusste nicht, ob das hier noch zum Thema des Tages wird, aber ich bin auch der Meinung, sowohl in der Normannenstraße als auch in Hohenschönhausen wird sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Es ist notwendig, dass diese Arbeit weiter verstärkt wird. Diese Institutionen sind meines Erachtens auf einem guten Weg. Das gleiche gilt auch für den Tränenpalast. Ich halte es für sehr sinnvoll, dass der im besagten Entwurf angesprochen wor-

den ist. Eine Sache, die man eventuell bedenken müsste, ist, dass bisher alles sehr stark auf Berlin konzentriert ist. Da könnte man überlegen, ob man den Gedanken mit aufnimmt, auf regionaler Ebene und lokaler Ebene zu fördern. Das ist keine Kritik am Konzept, sondern ich würde sagen, da könnte man eventuell auch noch etwas spezifizieren. Also, Runde Ecke in Leipzig, Roter Ochse in Halle, Moritzplatz in Magdeburg; das sind nur einige Stichworte, dass man sich nicht zu stark auf Berlin konzentriert, sondern eben auch auf andere Orte schaut. Das ist keine grundsätzliche Kritik, sondern nur ein ergänzender Hinweis.

Vorsitzender: Vielen Dank. Bei der CDU/CSU-Fraktion als Nächste Frau Kollegin Michalk.

Abg. Maria Michalk (CDU/CSU): Meine Frage bezieht sich auch auf den Themenkomplex der BStU. Zu dieser Thematik möchte ich mich an Herrn Prof. Dr. Scholtyseck wenden. Sie haben in Ihrer ersten Antwort auf den internationalen Aspekt der Forschung und der Aufarbeitung verwiesen, deshalb frage ich Sie, wie bewerten Sie denn auch unter diesem internationalen Gesichtspunkt die Tatsache, dass vor 15 Jahren das Sonderarchiv eingerichtet worden ist mit all diesen Aufgaben der Aufarbeitung, der Aktenarchivierung, -systematisierung, aber vor allen Dingen der Akteneinsicht und Überprüfungsmöglichkeiten und wie bewerten Sie jetzt unter dem Dach des Bundesarchivs in absehbarer Zeit diese Arbeit insgesamt, auch unter dem internationalen Aspekt?

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Ich kann an das anschließen, was Herr Prof. Dr. Faulenbach vorhin gesagt hat, nämlich, wir müssen diese internationalen Zusammenhänge stärken. Das ist tatsächlich ganz wichtig. Unter diesen Aspekten wird man sagen müssen, dass die BStU eine Sonderorganisation ist, die in das internationale Umfeld langfristig nicht passt. Die hatte und hat auch jetzt noch ihren Sinn. Es war ganz wichtig, dass diese Institution geschaffen wurde, um zu archivieren, zu sichern, zu ermöglichen, auch denjenigen, die betroffen gewesen sind und die immer noch betroffen sind, Zugang zu den Akten zu bekommen. Aber langfristig sollte man ganz nüchtern dazu kommen, von diesem Konzept wieder wegzugehen und eine Normalisierung zu erreichen. Immer unter der Voraussetzung – das ist natürlich ganz wichtig, und das hat Herr Prof. Dr. Schroeder angesprochen, das ist aber hier im Plenum sicherlich überhaupt nicht umstritten –, dass es keine Verschlechterung für den Zugang gibt, weder eine Verschlechterung für die Opfer noch für die Forschung. Das ist ganz wichtig. Sonst würde man so etwas nicht unterschreiben. Aber wenn das gesichert ist, glaube ich, ist das der richtige Weg.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Herr Prof. Dr. Scholtyseck, Sie haben eben die Berlin-Zentrierung angesprochen. Als Berliner Abgeordnete beschäftigt mich trotzdem ein Thema, nämlich die Berliner Mauer, da soll eine Landesstiftung gegründet werden. Trotzdem ist meine Frage genau die in ihre Richtung gehende, nämlich wie Sie das vor dem Hintergrund der Tatsache beurteilen, dass es immerhin um ein gesamtdeutsches Thema und nicht um ein reines Berliner Phänomen geht. Also, wie kann das gemacht werden? Sie haben eben den Tränenpalast erwähnt. Was halten Sie dann in dem Zusammenhang davon, möglicherweise dort eine Dauerausstellung über Teilung und Grenze im Alltag der DDR einzurichten?

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Das halte ich für durchaus wünschens- und begrüßenswert. Wenn man da eins der großen Institute, beispielsweise das Institut für Zeitgeschichte, beauftragen würde, das natürlich Erfahrung hat, gerade auch wenn man auf Leipzig schaut, dann wäre das meines Erachtens eine vernünftige Möglichkeit. Aber diese anderen Dinge dezentral zu organisieren, das wäre auch ausgesprochen wichtig, das halte ich sogar für wichtiger, die Gedenkstätte Marienborn, Teilung und Grenze, Point Alpha ist vorhin kurz angesprochen worden, solche Dinge, die auch wiederum den internationalen Zusammenhang zum Kalten Krieg herstellen, müssten in Bezug auf Ihre Frage mehr Aufmerksamkeit erfahren.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Schroeder. Das vorliegende Konzept sagt verkürzt zu den Gedenkstätten: Autonomie stärken, Kooperation ermöglichen. Es geht also weg von der Überlegung, alles zu bündeln. Der Wettbewerb der Stätten, die Eigenständigkeit zu sichern, ihre Authentizität zu gewährleisten, sind die Ziele. Halten Sie dieses Konzept für richtig, auch unter den Gesichtspunkten, die wir für notwendig halten? Wenn man das will, wir erachten es als richtig, dann bedeutet das auch, dass man eine institutionelle Förderung für alle gewährleistet, nicht nur für einen Teil, auch zum Beispiel für die NS-Gedenkstätten im westlichen Teil des Landes.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Da ich generell gegen zu viel Bürokratie bin, schließe ich mich dem an. Ich glaube, dass das auch nicht der entscheidende Punkt ist. Der Streit wird, wie mehrfach erwähnt, natürlich über die Verteilung der Mittel erfolgen. Da bin ich mir unsicher. Wenn man ein gemeinsames Gremium hat, wird man trotzdem so etwas nicht einvernehmlich regeln können. An dieser Stelle bin ich überfragt. Eine Antwort auf die Frage, wie man diese Frage der Verteilung der Mittel beantwortet, müssen die Profis geben.

Zum zweiten Punkt. Den Übergang zu einer stärkeren institutionellen Förderung halte ich für richtig, denn die meiste Projektförderung ist eine vorgeschobene institutionelle Förderung, in deren Rahmen immer wieder Projekte erfunden werden, damit die Förderung weitergeht. Diesen Widersinn aufzuheben, halte ich für richtig. Eine stärkere institutionelle Förderung ist das eine. Hinzu kommt der Punkt, den ich in meiner schriftlichen Stellungnahme angesprochen habe. Wie kann der Druck zur Kooperation verstärkt werden? Diese Fragen gilt es in der Praxis zu beantworten. Vielleicht geht das über die finanziellen Mittel, dass gemeinsame Dinge finanziert werden, dass nicht nur innerhalb der DDR-Gedenkstätten und der NS-Gedenkstätten, sondern auch zwischen denen ein Austausch stattfindet. Es ist ja das Anliegen von uns allen, den differenzierten Blick auf diese Diktaturen zu schärfen und zu fördern. Dies kann durch Ausstellungen oder durch Veranstaltungen geschehen. Das sind heikle Themen, aber da müssen wir uns heranwagen. Wir müssen wahrscheinlich auch den Umgang mit der NS-Diktatur in beiden deutschen Staaten nach 1945 in den Fokus nehmen. Auch hier muss man sich weiterhin um die Aufarbeitung der Aufarbeitung bemühen, die im Grunde genommen in den neuen Ländern zu einem sehr widersprüchlichen Blick auf die NS-Diktatur geführt hat. Ich weiß nicht, wer es vorhin gesagt hat, dass die sich ja nicht verantwortlich fühlen. Die denken, den Nationalsozialismus gab es nur jenseits der innerdeutschen Grenze. Hier sind also noch viele Dinge zu leisten, aber ich

denke, möglichst nicht durch zu viel Bürokratie und durch zu viel Zusammenschluss, sondern durch ein bisschen Druck auf Kooperationen.

Vorsitzender: Kurze Frage und kurze Antwort. Herr Kollege Grindel, bitte.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): An Herrn Prof. Dr. Schroeder zur erheblichen Kritik, die es ja bezüglich der Bereiche Forschung und politische Bildungsarbeit, die durch die BStU geleistet wird, gibt. Es ist ja in der Tat bedrückend, wie wenig Besucher zum Beispiel in den Informations- und Dokumentationszentren sind. Die Arbeit, die dort gemacht wird, muss sicherlich dringend in einen neuen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich überführt werden. Wer könnte das Ihrer Auffassung nach machen? Es gibt einige, die sagen, dass es nicht in den Verantwortungsbereich der Stiftung Aufarbeitung fallen solle. An wen könnte man demnach den Bereich Forschung und politische Bildungsarbeit der BStU delegieren?

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Forschung sollte generell da stattfinden, wo sie hingehört. Sie gehört an die Universitäten und vielleicht noch an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Ich halte eine Behördenforschung, also eine Forschung, die unter den Zwängen einer Verwaltung steht, für nicht sachgerecht. Insofern muss überlegt werden, ob die Forschung nicht an die Universitäten oder an entsprechende Institutionen oder Einrichtungen verlagert wird.

Zur Bildung kann ich wenig sagen. Es gibt kaum Wirkungsstudien, Evaluierungen der Gedenkstätten. Wir wissen ja gar nicht, was der Besuch einer Gedenkstätte bei den Besuchern bewirkt. Das müsste auch einmal unabhängig ermittelt werden, damit man erfährt, was vielleicht verbessert werden kann. Das Gleiche gilt für die Bildungsveranstaltungen der BStU und anderer Einrichtungen. Auch hier gibt es kaum Wirkungsanalysen. Generell bin ich aber der Meinung, dass die Bildung nicht in die Stiftung Aufarbeitung gehört. Die Stiftung sollte die Förderung weiter betreiben, aber nicht eigenständig Bildung und Forschung. Insofern bleiben die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung übrig. Für die neuen Länder bin ich ein bisschen skeptisch. Ich sehe nicht ohne weiteres die Effektivität der Landeszentralen. Vielleicht sollten die Außenstellen der BStU über längere Zeit einen Sonderstatus bekommen, denn dort wird ja tatsächlich vor Ort erfolgreiche Bildungsarbeit geleistet. Sie sind auch alternativlos. Im Hinblick auf die Möglichkeiten verschiedener Regelungen bin ich an dieser Stelle überfragt. Generell gehören Bildung und Forschung nicht in die Stiftung Aufarbeitung, sondern in die dafür geeigneten Einrichtungen, wo sie normalerweise angesiedelt sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt kommen wir zur FDP-Fraktion. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Thiele.

Abg. Carl-Ludwig Thiele (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass auch Nichtausschussmitglieder an dieser Anhörung teilnehmen können, und ich möchte mich auch dafür bedanken, dass seitens der Koalition, seitens des Bundeskanzleramtes und im Grunde genommen interfraktionell versucht wird, dieses Thema weiter voranzutreiben, weil es eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wenn wir uns des Themas Gedenkstätten annehmen, dann stellt sich immer zuerst die Frage: Wer kann überhaupt gedenken? Gedenken kann nur jemand, der informiert ist. Wir sollten uns die jüngere Generation anschauen. Mein ältester Sohn ist 19, der hat den Fall der Mauer bewusst gar nicht erlebt. Er gehört zu einer Generation, die heranreift, die jetzt 18 Jahre alt wird und die über diesen Teil der deutschen Vergangenheit ausgesprochen unzureichend informiert ist. Das liegt aber nicht an den jungen Menschen, sondern das liegt an der Generation, die politisch durch die Teilung Deutschlands und der Welt geprägt ist und es bislang versäumt hat, entsprechende Informationen so aufzubereiten, dass die jüngere Generation sich mit dieser deutschen Vergangenheit und darüber hinaus überhaupt auseinandersetzen konnte.

Deshalb zuerst eine Bitte. - Ich komme noch zu meinen Fragen, die ich an Herrn Dr. Wolle und an Herrn Prof. Dr. Schroeder richten werde. - Es gibt die Akten der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, die sind in dem BKM-Papier überhaupt noch nicht erwähnt. Erst im Sommer hat ein Schriftwechsel gezeigt, dass die Akten im Jahr 18 nach der deutschen Einheit überhaupt noch nicht aufgearbeitet sind. Sie sind jetzt in das Bundesarchiv überführt worden. Die Teilung und die Wirkung der Teilung Deutschlands kann ich meiner Ansicht nach nicht nur an den Opfern der deutschen Teilung, an den Mauer-Opfern, messen, sondern auch an den Verletzten, die es gegeben hat, oder an der Zahl der Internierungen und vor allem an denjenigen, die in diesem Land eingesperrt gewesen sind und gerne herausgewollt hätten, die in ihrer Freizügigkeit in einer Form eingeschränkt waren, wie das heute unvorstellbar ist.

Insofern setzt jede Gedenkstätte Information und Aufklärung voraus. Information und Aufklärung, und das ist meine Frage an Sie, sind die bislang ausreichend? Wir hatten die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“, da ist das hervorragend gelungen. So etwas fehlt nach wie vor über die deutsche Teilung, denn nur wer informiert ist, kann auch gedenken. Wer gar nicht informiert ist, kann auch mit einer Gedenkstätte, mit einem Mahnmal relativ wenig anfangen. Sind die aufklärerischen und inhaltlichen Aspekte überhaupt hinreichend berücksichtigt oder müsste dort mehr geschehen, als das bisher der Fall gewesen ist?

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dr. Wolle, Sie sind als Erster gefragt worden.

Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin: Ich möchte zunächst einmal eine Bemerkung nicht unwidersprochen lassen, wenn es gestattet ist. Herr Prof. Dr. Scholtyssek sagte vorhin, die BStU passe nicht in die internationale Landschaft. Wenn es gute Argumente gäbe zur Beibehaltung der BStU und gute Argumente dafür zu überlegen, wie künftig ihre Aufgaben sein sollten, ist es gerade die internationale Landschaft. Ich sage es einmal ganz deutlich, unsere Kollegen und Freunde in Polen oder in der Tschechischen Republik können nicht einmal von den Möglichkeiten träumen, die wir hier in Deutschland im Punkt Aufarbeitung haben, ganz zu schweigen von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Alle schauen mit Neid auf uns, was wir für gewaltige Möglichkeiten und Ressourcen haben, und das ist ein gutes Argument, gründlich über den internationalen Kontext nachzudenken, damit diese ganze Diskussion nicht auf die falsche Bahn gerät und in der Kritik an der BStU kulminiert.

Außerdem denke ich, dass in Fragen wie Information, Aufklärung und Forschung eigentlich schon ausreichend viel geschehen ist. Wenn man sich anschaut, was in den letzten 17 Jahren auf allen Ebenen passiert ist, auf den politischen Ebenen, in Enquete-Kommissionen, an wissenschaftlichen Publikationen, an Forschungseinrichtungen, sagt man sich manchmal, es ist fast eher zu viel als zu wenig. Es ist schon erstaunlich. Und wenn man heute über Umfragen von Schülern in vier deutschen Bundesländern solche verheerenden Ergebnisse erhält, wie sie am Freitag bei uns im Forschungsverbund SED-Staat vorgestellt werden, dann sind die Ursachenerforschungen sehr, sehr viel komplexer. Demnach ist die Aussage, die Abteilung B & F bei der Behörde von Frau Birthler hätte versagt, viel zu kurz gegriffen. Es sind sehr komplexe Ursachen, die sehr viel mit unserer Gesellschaft jetzt zu tun haben. Die Beobachtung, dass sich so viele Menschen so gern an die DDR erinnern, denn die Kinder erzählen ja im Großen und Ganzen das, was sie von ihren Eltern gehört haben, respektive in der Schule gelernt oder nicht gelernt haben, verdeutlicht das. Das heißt, sie werden mit einer Lehrer-Generation konfrontiert, die in der DDR aufgewachsen ist und die sich zum großen Teil durch die Ereignisse von Wende und Umbruch erniedrigt gefühlt und sie nicht als Freiheitsgewinn betrachtet hat, sondern als Verlust ihrer Biographie. Da muss man ansetzen. Deswegen ist die Alltagsgeschichte so unendlich wichtig und kein Randproblem, auch hier in unserem Kontext nicht. Die Geschichte, die wir hier in so große Worte fassen und in so hohe Begriffe, die ist nur so gut oder so schlecht, wie sie bei den Menschen ankommt, die muss von den Menschen angenommen werden. Und Alltagsgeschichte ist so, wie sie der Einzelne eben erlebt hat. Das ist kein Gegensatz zur Diktaturforschung. Diese Konfrontation ist so grundfalsch, dass man nicht müde werden darf, dagegen zu polemisieren.

Auf der einen Seite Alltagsforschung, auf der anderen Seite Diktatur und Repressionsforschung. Alltagsforschung bedeutet nicht Verharmlosung der Diktatur, sondern man muss begreifen, vorausgesetzt sie ist professionell, dass der Alltag zum Teil auch der idyllisch und harmonisch erscheinende Alltag gewesen ist. Das sage ich jetzt einmal ganz pauschal für alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Wenn dieser Alltag als Funktionsweise der Diktatur begriffen wird, dann ist er ein Teil der Diktatur, diese verlogene Idylle hinter Stacheldraht, die wir in der DDR erlebt haben. Es wäre die Aufgabe, das museal darzustellen, in Filmen, in Fernsehstücken usw. Das wäre mein Votum in dieser Frage. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Noch eine kurze Ergänzung durch Herrn Prof. Dr. Schroeder.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Zumindest zweigeteilt kann ich Herrn Dr. Wolle voll zustimmen. Ich glaube, wir erleben etwas Ähnliches wie nach 1945 in der Bundesrepublik. 10, 15, 20 Jahre lang wollten die Leute auch nicht wissen, wie die NS-Diktatur wirklich war. Man sperrte sich dagegen. Wenn Sie sich Umfragen aus den frühen 60ern anschauen, stellt man doch ein erschreckendes Ausmaß an Verharmlosung fest. Das erleben wir heute auf einer ganz anderen Ebene. Den Diktatur-Charakter der DDR möchten viele nicht wahrhaben. Sie möchten auch nicht wahrhaben, dass die soziale Idylle der DDR gar nicht so sozial war, sondern dass es hier um eine Rundumversorgung auf doch tatsächlich niedrigem Niveau ging.

Ich glaube, dass in den Schulen wenig über die DDR gelehrt wird. Da sperren sich auch die Lehrer, vor allem in den neuen Ländern, weil sie selber ja auch zumeist schon zu DDR-Zeiten Lehrer waren. Im Westen interessiert es die Lehrer nicht so. Hier kommt vieles zusammen. Eigentlich sollten auch die Gedenkstätten aufklären, auch sie sollten Informationen anbieten. In der Normannenstraße und in Hohenschönhausen, in Gedenkstätten, die viele Klassen besuchen - überwiegend, glaube ich, westdeutsche Klassen und weniger aus den neuen Ländern, höchstens aus Ostberlin - können Informationen geliefert werden, hier können Anstöße geliefert werden, sich damit auseinanderzusetzen, ähnlich wie wir das ja bei der Vermittlung der NS-Diktatur hatten. Wenn man sich heute Befragungen anschaut, ist es so, dass wir, abgesehen von einem kleinen Prozentsatz derjenigen, die mit dem Rechtsextremismus sympathisieren, über den NS-Staat und seine Verbrechen, Gott sei Dank, eine breite Aufklärung erreicht haben. Das dauert aber und das ist ein mühsames Bohren dicker Bretter, weil die Menschen sich ja dagegen wehren. Jeder neigt ja, nicht nur in Diktaturen, sondern schlechthin neigt der Mensch dazu, im Nachhinein eher das Positive in seinem Leben zu sehen und anderes auszublenzen. Damit muss auch Aufklärung rechnen und leben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen jetzt wieder zur SPD-Fraktion. Hier liegt mir eine Wortmeldung von Frau Kollegin Krüger-Leißner vor.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte zwei Fragen stellen. Die Erste an den Experten Herrn Prof. Dr. Faulenbach und zwar hinsichtlich Rolle und Zusammensetzung des Beratungsgremiums, das von mehreren Experten kritisiert wurde. Wir haben die Situation, dass wir seit 2. Februar kein Expertengremium mehr haben, und ich sage Ihnen, das macht mir Sorgen. Ich weiß, dass Anträge da liegen für dieses Jahr, für nächstes Jahr und dass dazu keine Entscheidungen getroffen werden. Angesichts der heftigen Kritik auch an dem vorgeschlagenen Beratungsgremium frage ich mich, wann wird ein Neues installiert, wie sieht es aus und was passiert in der Zwischenzeit für die Antragsteller? Und das sind zum Teil auch Gedenkstätten, die ja vorgesehen sind für die institutionelle Förderung. Das macht mir große Sorgen.

Eine zweite Frage würde ich sehr gerne an Herrn Prof. Dr. Sabrow stellen und ein Thema aufgreifen, das von mindestens sechs oder sieben Experten in ihren Stellungnahmen benannt wurde. Es geht um die Einbeziehung von Sachsenhausen in die ständige Konferenz der Berliner NS-Gedenkstätten. Herr Prof. Dr. Sabrow, worin sehen Sie den Grund für die Notwendigkeit dieser Einbeziehung? Erklären Sie uns das noch einmal ganz deutlich.

Vorsitzender: Gut, als Erster bitte zur Beantwortung Herr Prof. Dr. Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Ich glaube tatsächlich, dass da dringend wieder ein Expertengremium tätig werden muss. Es gibt Hinweise, dass die Bewilligung sich verzögert, aber vielleicht bin ich da auch falsch informiert.

Was die Zusammensetzung des Gremiums anbetrifft, so überzeugt sie nicht. Es liegt ein gewisser Schematismus zugrunde. Da sind zum einen Institutionen, und dann gibt es so ein Bemühen, halb NS-Sachverständige, halb Sachverständige der Nachkriegszeit zu berücksichtigen. Ich meine, was die Institutionen angeht, wird es eben doch anfechtbar, wenn auf der einen Seite das IFZ berücksichtigt ist, das ZZF dafür aber nicht vorkommt. Wie gesagt, es gibt so einen Schematismus, eine Hälfte NS-Zeit, andere Hälfte Nachkriegszeit. Aber es gibt Leute, die sich für beide Vergangenheiten interessieren und dafür eine gewisse Kompetenz haben, und gerade angesichts der Schwierigkeiten, ihre Aufgabe darin sehen, sich mit beiden Themenfeldern auseinanderzusetzen. Dieser Typus eines unabhängigen Wissenschaftlers ist in dem Gremium gar nicht mehr vorgesehen, sondern jeder wird klar zu einem ganz bestimmten Feld zugeordnet. Das halte ich für ein Problem.

Natürlich ist der Gaststatus für bestimmte Gruppen sinnvoll. Dass diejenigen, die Empfänger sind, Vorschläge nicht gleich bewilligen, das dürfte haushaltsrechtlich durchaus zu rechtfertigen sein. Es kommt also darauf an, ein Gremium so aufzubauen, dass unabhängige Leute darin sind, um darüber zu entscheiden. Ich glaube, dass das, was bisher vorgeschlagen ist, zu starr, zu schematisch gedacht ist und somit den unabhängigen Wissenschaftler zu sehr ausblendet, wie ich übrigens auch glaube, dass der Katalog der Förderung jetzt ein bisschen sehr detailliert wird. Die großen Überschriften sind gewiss richtig, aber es darf da nicht so etwas wie eine Abhakliste der Bürokratie installiert werden. Das wäre aus meiner Sicht falsch.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Ich würde gern zu dem Beratungsgremium ein Wort sagen, wenn es erlaubt ist. Da steckt ja die Idee dahinter, man könnte wegen des Gaststatus unabhängige Forschung, die entscheidet, von Gedenkstättenforschung trennen, die nur den Gaststatus hat. Dahinter steht die Überlegung, dass mögliche Projektmitnehmer nicht in die Entscheidung einbezogen sein sollen. Das ist eine hehre Absicht, die ich eigentlich gut finde, die ja auch aus den Reaktionen zu erklären ist, die dieses Gremium gefunden hat. Aber sie ist altmodisch, sie ist überholt. Wir haben diese Unterscheidung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung nicht mehr in dem Maße. Wir kooperieren als außeruniversitäre Einrichtung wie als universitäre Lehrstühle natürlich mit Gedenkstätten in Forschungsprojekten, und diese vielfache Vernetzung lässt sich nicht aufheben durch eine Unterteilung in Hauptmitglieder und Gaststatusmitglieder.

Herr Prof. Dr. Schroeder hat in seinem Votum darauf hingewiesen, dass zum Beispiel das Institut für Zeitgeschichte mit dem Obersalzberg eine eigene Gedenkstätte betreibt. Da das ZZF hier nicht auftaucht, will ich nicht sagen, wie es sich für das ZZF darstellt, aber es ist diese Trennung so nicht mehr machbar, und ich würde eine andere systematische Trennung vorschlagen, die eher nach Aufarbeitungsgebieten geht und eine Position jeweils für ein Gebiet freihält.

Ich würde die universitäre Lehre und Forschung dort gerne verankert sehen, natürlich die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Projektverbände, dann die zeithistorischen Gedenkstätten und Lernorte sowie die Geschichtsmuseen und Dokumentationszentren. Das finde ich vernünftig und das ist systematisch. Nicht vernünftig und systematisch finde ich, darin die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur unterzubringen, weil sie ja eine ähnliche Arbeit selbst macht. Sie fördert Projekte. Wir

dürfen keine Kompetenz-Kompetenzballung machen, dass Fördergruppen mit anderen Fördergruppen zusammensitzen und dann Kettenentscheidungen stattfinden. Unter dieser Voraussetzung halte ich es auch für richtig, was ich in meinem Papier ansonsten kritisiere, dass die Bundeszentrale für politische Bildung hier praktisch nicht erwähnt wird. Wenn die Stiftung erwähnt würde, was ich in diesem Fall nicht richtig finde, dann gehört aber natürlich auch die Bundeszentrale dazu.

Zur zweiten Frage, Einbeziehung der Gedenkstätte Sachsenhausen. Jetzt treiben wir die Aufarbeitung anhand der Ländergrenzen voran, aber wir wissen doch alle, dass das KZ Oranienburg und dann Sachsenhausen nicht nach Brandenburg gelegt wurde, weil es keine Beziehung zur Reichshauptstadt Berlin hatte, sondern ganz im Gegenteil. Das ist ein Moment der Verschleierung von Repressionen im hauptstädtischen Interesse, das ist doch nun ganz deutlich nachweisbar. Am 21. März 1933, als die Glocken der Garnisonskirche so wunderbar klingen, jeder kennt das Foto dazu, ist das KZ Oranienburg eingerichtet worden, und die Glocken reichten eben dort nicht hin. Das ist also eine sachlogische Zusammengehörigkeit. Die jetzt in einem Beratungsgremium aus föderalen Gründen zu trennen, halte ich für nicht vernünftig und würde deswegen auch gerne diese Erweiterung haben.

Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Schäfer würde gerne kurz Stellung nehmen. Keine Sorgen, liebe Kollegen von der SPD, Sie bekommen das nicht auf Ihre Zeit angerechnet.

MD Prof. Dr. Hermann Schäfer (BKM): Ich würde nur gerne all denen die Sorge nehmen, die glauben, dass ein Stau von Anträgen da liegt. Die beiden Referate haben mir gesagt, es gibt keinen Stau solcher Anträge. Alles, was an Fortsetzungsanträgen da liegt und schon von der Kommission bewilligt worden ist, wird fortgeführt. Zur Zusammensetzung des Gremiums möchte ich sagen, dass es da doch gar keine radikale Veränderung gibt. Es waren bisher sieben Mitglieder, es werden in Zukunft neun Mitglieder sein. Die Länder werden weiter wie bisher darüber entscheiden, ob sie einen Vertreter einer Landeszentrale oder die Bundeszentrale benennen werden. Bisher war es so, dass aufgrund des Votums der Länder die Bundeszentrale benannt wurde. Die Stiftung Aufarbeitung war früher schon eingeladen und ist dann nicht mehr gekommen, und das soll wieder so geschehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt kommen wir zurück zu Ihnen, Herr Prof. Dr. Sabrow, zur zweiten Frage.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Ich finde, dass das die Argumente unserer Diskussion nicht widerspiegelt, Herr Prof. Dr. Schäfer, wenn wir darauf verweisen, wie das früher war. Das ist doch jetzt die Chance noch einmal zu überlegen, ob wir eine neue Form der systematischen Gliederung treffen, die sich dann auch stärker gegen Kritik immunisieren kann. Auf der einen Seite die Zurücknahme zu einem unabhängigen Beratungsgremium, was ja sehr vernünftig ist, dann aber auch die Stärkung darin, dass damit die Aufarbeitung in der Breite abgebildet wird. Ich glaube, gerade hier können wir das leisten, und diese Chance sollten wir nutzen.

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung zur Berlin-Konzentrierung oder Berlin-Lastigkeit machen. Das stört. Das hat uns schon in der Expertenkommission sehr beschäftigt, und ich habe in meinem

Votum darauf hingewiesen, dass man versuchen müsste, es wenigstens punktuell zu ändern über einen allgemeinen Appell hinaus. Da ist das Museum in Pforzheim zu nennen. Wir haben natürlich das Dokumentationszentrum in Eisenhüttenstadt zu nennen. Wir könnten darüber reden, dass wir die Berliner Landesstiftung zur Mauer doch erweitern, obwohl das föderal auch wieder schwierig ist. Marienborn gehört von der Stärke, von der Größe und auch von der Funktion her, beide Enden der Transitstrecken, absolut dort hinein. Und ich würde dafür plädieren, diese Berliner Landesstiftung nach Möglichkeit ein Stück weit zu öffnen, dass sie auch weitere Partner in einer Zwei- oder Mehrländerstiftung aufnehmen kann.

Was die Frage der Projekte angeht, wir haben dieses Mauertotenprojekt, von dem das Papier auch spricht. Das wird in diesem Jahr abgeschlossen. Wir haben hier aber auch ein Grenztotenprojekt, im Hinblick auf die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze. Wir haben den Projektantrag seit über einem Jahr fertig. 820.000 Euro wird er umfassen, und er hat die Aufgabe, die Gesamtzahl der Toten an der innerdeutschen Grenze, mit Ausnahme der Ostsee, zu dokumentieren und aufzuarbeiten. Ich glaube, dass das eine politische und auch eine moralische gedenkpolitische Notwendigkeit ist. Das Projekt hat eben nicht allein mit Berlin zu tun, aber der 50. Jahrestag des Mauerbaus 1961, also 2011, wäre die Gelegenheit, dieses Projekt erledigt der Öffentlichkeit zu übergeben. Herr Prof. Dr. Schäfer und ich haben über dieses Projekt gesprochen, und Sie haben mir gesagt, das lässt sich im Moment nach unseren Maßgaben nicht fördern. Deswegen würde ich die Gelegenheit dieser Anhörung gerne nutzen, um darauf hinzuweisen, dass wir hier eine dringliche Bringschuld haben, was die Aufarbeitung im Lande angeht. Ich möchte anregen, dieses Projekt zu den Todesopfern an der innerdeutschen Grenze in die Förderung aufzunehmen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Als Nächster bitte Herr Dr. h. c. Thierse.

Abg. Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD): Wie immer, eine kurze Frage, diesmal an Herrn Dr. Wolle. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass nun ein Ende der Diskussion über die Mängel der Stasiunterlagenbehörde angemessen sei, aber dass dazu die Voraussetzung gehöre, eine klare rechtlich gesicherte Perspektive der Behörde zu schaffen und die künftigen Aufgaben zu definieren. Genau danach will ich fragen. Welche zeitliche Perspektive haben Sie im Auge und welche künftigen Aufgaben würden Sie definieren, nachdem Sie ja selber ein intensiver Nutzer dieser Behörde und ihres Aktenbestandes sind?

Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin: Das ist richtig von der Sache her, wenn ich nicht heute hier säße, säße ich dort im Archiv. Zur Sache.

Wenn man überlegt, wie die Akten sinnvoll vom Bundesarchiv übernommen werden können, und das scheint sich als die dominierende Meinung herauszubilden, dann darf das auf keinen Fall in Konfrontation der Behörden geschehen. Dann muss man langfristig und vernünftig überlegen: Wie vereinheitlicht man die Klassifikationsmerkmale, wie vereinheitlicht man vor allen Dingen die Findhilfsmittel? Wie packt man die Sachen auch praktisch an? Das ist ja wohl heute im zweiten Teil der Veranstaltung eines der Hauptthemen. Mir lag am Herzen, und deswegen habe ich das vielleicht ein bisschen über-

pointiert ausgedrückt, dass jetzt nicht eine große unheilige Allianz gebildet wird gegen das, was seit 17 Jahren in der Behörde passiert. Das war eine der zentralen Forderungen der demokratischen Bürgerbewegung. Da ist sehr viel Positives passiert. Ich habe es vorhin schon gesagt. Das gilt in der ganzen Welt als beispielhaft und es ist auch in der Weltgeschichte einmalig, dass in dieser Tiefe und Gründlichkeit die Akten eines Repressionsapparates ausgewertet worden sind.

Es ist so wichtig, das zu sagen, weil es in der Alltagsdebatte manchmal unter den Tisch gekehrt wird. Das ändert nichts daran, dass es auch vom Nutzer her immer noch Wünsche gibt.

Ich habe in meinem Gutachten noch einmal ausführlich ausgeführt, dass sich die Benutzbarkeit der Akten in der BStU seit dem Sommer durch eine Neuregelung der Anonymisierung sehr deutlich verbessert hat. Das wissen nur diejenigen, die fleißig im Archiv arbeiten. An den meisten ist das angesichts der vielen Kritik, die sich um den 13. August gerankt hat, irgendwie vorbeigegangen. Die Arbeitsweise, die Arbeitsmöglichkeiten sind in den letzten Monaten sehr, sehr viel besser geworden in der Behörde der BStU. Wie man das nun im Einzelnen macht, in welchem Zeitrahmen, ich weiß das nicht. Das ist jetzt wirklich eine Sache von Expertengremien. Mein Votum und mein Vorschlag wäre, dass sich ein Expertengremium der beiden Einrichtungen, die ja beide vom Steuerzahler nicht dafür finanziert werden, dass sie sich streiten, also vom Bundesarchiv und von der BStU, zusammensetzt und diese Dinge sehr gründlich und sehr konkret und sehr pragmatisch überlegt und auf eine vernünftige Ebene führt.

Was die künftigen Aufgaben einer solchen Einrichtung sein sollten wird man überlegen müssen. Wichtig scheint mir, dass man das unter anderem im Bereich politischer Bildung und Museumsarbeit positiv formuliert, dass man es als eine erfolgreiche Geschichte sieht, die jetzt auf ein neues Niveau gehoben wird. Ob die Forschung da richtig aufgehoben wird, weiß ich nicht, weil ich grundsätzlich auch der Meinung bin, dass die Forschung primär an die Universitäten gehört. Danke.

Vorsitzender: Herr Meckel, bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich möchte mich auf eine Frage beziehen, die vorhin schon einmal in Bezug auf einen Dokumentations- und Bildungsort in Zusammenhang mit Opposition und Widerstand in der DDR aufgeworfen worden ist. Dazu gab es ja in den Stellungnahmen eine ziemlich breite Aussage, dass die Auffassung nicht geteilt wird, dass dafür in der Normannenstraße der rechte Ort sei. Ich möchte zuerst einmal positiv hervorheben, dass, anknüpfend an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Ende der 90er Jahre, überhaupt ein solcher Ort geschaffen werden soll. Das ist ja positiv zu benennen, und ich denke, dass das im Hinblick auf den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution ein wichtiger Punkt ist und würde ausdrücklich unterstützen, dass das sogar sehr zügig passiert. Das ist die positive Dimension.

Wenn, wie es mehrheitlich von Ihnen gesagt wurde, und das ist auch meine Einschätzung, die Normannenstraße nicht der richtige Ort ist, stellt sich die Frage, was könnte ein richtiger Ort sein? Ich nenne zwei konkrete Vorschläge, die an verschiedenen Stellen im Gespräch sind, die ich zum Teil selbst ins Gespräch gebracht habe. Einer könnte die Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg sein, wo ja der

Bund schon jetzt verschiedene Räumlichkeiten nutzt. Die andere Möglichkeit könnten in meinen Augen die Räumlichkeiten des Sprachenkonvikts, das heißt der Theologischen Hochschule in Berlin, sein. Das ist eine Hinterhaussituation, die durchaus mit relativ geringen Mitteln räumlich wieder instandgesetzt werden könnte und wo man einen gewissen Anknüpfungspunkt haben könnte. Es war zwar keine Schule der Opposition, das möchte ich deutlich sagen, aber es war ein Ort freien Geistes. Also, zwei Ideen, die im Raum stehen. Ich möchte diese Frage gerne an Herrn Prof. Dr. Sabrow und Herrn Prof. Dr. Faulenbach stellen

Vorsitzender: Also, konkret zwei Orte abgefragt. Herr Prof. Dr. Sabrow, was halten Sie von den Vorschlägen?

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Der eine Ort ist mir völlig neu, aber interessant. Das Konvikt ist nicht mehr auf der Agenda. Wir haben in der Expertenkommission andere Orte diskutiert. Die Normannenstraße schien uns und scheint mir, ich spreche jetzt für mich, nicht der geeignete Ort. Ich glaube nicht, dass es gut und logisch ist, den Widerstand an einem solchen Ort der Repression abzubilden. Ich will es nicht zu pathetisch sagen, aber ein Stück weit gibt der Ort natürlich der Logik der Täterschaft ein eigenes Gewicht. Das Problem besteht darin, dass Opposition, Widerstand, Devianz, Auflehnung, Angst, Resistenz ja nicht abbildbar sind in der betonhaften Stärke, mit der die Verfolgung abbildbar ist. Auf der Rosa-Luxemburg-/Karl-Liebknecht-Demonstration ein Schild hochzuhalten „Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden“ ist eine Sache von acht bis zehn Sekunden, die Haftzelle in Rummelsburg hingegen definiert einen Ort, der sehr lange da ist. Ich finde, wir dürfen uns dieser Logik nicht zu sehr beugen, auch wenn ich die haushälterischen Argumente natürlich einsehen kann.

Es gibt ein zweites Gegenargument: die Abgelegenheit. Da ist der Einschüchterungscharakter dieses Ortes, der ja auch innerhalb eines ganzen Komplexes liegt, nicht in einer Hinterhofsituation, aber hinter einem Riegel. Ich glaube, das wäre nicht günstig für einen Ort, der so vieles leisten muss, was in diesem Papier angeschnitten wurde, auch in unserer Diskussion benannt wurde, aber noch nicht richtig tief dargestellt worden ist. Wir werden die Diktaturen nur dann begreifen lernen, wenn wir an die nächsten Generationen vermitteln können, wie sie sich tagtäglich reproduziert hat und dies übrigens nicht immer unter der Fahne der Diktatur. Einer der stärksten Wirkungsmechanismen von Diktaturen ist doch darin zu sehen, dass sie von großen Teilen der Beherrschten nicht als solche wahrgenommen werden, sondern dass es eine Form von Partizipation gibt, von Inszenierung, von Ritualisierung, von misstrauischer Loyalität und mehr. Die Verantwortung des Einzelnen, auch seine eigene Schuld, seine eigene Bewährung wird man nur dann sichtbar machen können, wenn man auf eine Alltagsebene geht, die natürlich nicht das ostalgische Ampelmännchen ist, sondern, wie das Herr Dr. Wolle mit Recht ausgeführt hat, genau die Funktionsmechanismen und damit meinetwegen auch die Bindungskräfte von Diktaturen demonstriert.

Die Kulturbrauerei wäre kein schlechter Ort. Ob das umsetzbar ist, weiß ich nicht. Ich habe mich damals sehr für die Torstraße 1 engagiert. Wir haben uns für dieses ehemalige Gebäude der KPD, das zuvor der Reichsjugendführung unter Baldur von Schirach zueigen war, davor ein Kaufhaus in jüdi-

schem Besitz in Berlin war, später dann ZK-Gebäude und schließlich IML-Gebäude gewesen ist, ausgesprochen. In diesem Gebäude steckt so viel Geschichte, auch so viel Nachnutzung, die blind gegenüber der Vorgeschichte war, dass ich glaube, hier hätte sich sehr viel darstellen lassen. Wir hätten ein großes Haus gehabt. Ich glaube aber, es ist jetzt nicht mehr greifbar. Dann sind wir jetzt vielleicht bei der Kulturbrauerei an einem anderen Standort. Aber da kenne ich mich zu wenig aus, um ein Votum abgeben zu können. Das muss man genau prüfen. Wir haben es auch, Herr Klemke ist da, mit der Strelitzer Straße getan und andere Liegenschaften geprüft. Das ist eine schwierige Sache. Wenn wir hier nur festhalten würden, dass wir dem Alltag in der Diktatur, dem durchherrschten Alltag, einen Raum, eine Chance geben wollen - das ist eine politische Entscheidung, die wir hier treffen - dann wird die Umsetzung, ob das nun im Konvikt oder anderswo ist, cura posterior sein können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Als Nächster bitte Herr Prof. Dr. Faulenbach mit der Bitte um eine kurze Antwort.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Ich teile die Einschätzung, dass die Normannenstraße nicht geeignet ist. Die Orte, die genannt worden sind, Sprachenkonvikt, Kulturbrauerei, kann ich im Einzelnen nicht beurteilen, die müsste ich mir erst konkret ansehen. Ich glaube, dass bestimmte Orte auch in der Diskussion als Erinnerungsorte durchaus Wert haben, wie die Zionskirche und einige andere Einrichtungen, die eine Rolle spielen könnten. Ich selbst hätte eine neue Einrichtung in Berlin-Mitte bevorzugt, in der man dieses Thema etwas ausführlicher aufgreifen kann. So aber sind wir meines Erachtens darauf verwiesen, dass die Museen, die wir haben, dieses zu einem ihrer Themen machen. Leipzig hat das in gewisser Weise schon gemacht. Aber es ist nicht so, dass alles an Erinnerungsorten geschehen kann, auch Museen haben eine Aufgabe. Und die Bildungsarbeit und andere Ebenen sind in diesem Zusammenhang mit einzubeziehen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Faulenbach. Wir kommen jetzt zu weiteren Fragen der Fraktion DIE LINKE. Frau Dr. Jochimsen, bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich bitte um Verständnis, aber ich komme jetzt doch noch einmal zu den Gedenkstätten der NS-Zeit zurück. Meine Fragen gehen an Herrn Prof. Dr. Korn. Sie haben festgestellt, dass im Konzept keine Zeile zur Rolle und Bedeutung der Archive über die Zeit des Nationalsozialismus zu finden ist. Meine Frage lautet, warum sind aus Ihrer Sicht die Pflege und der Erhalt dieser Archive heutzutage noch so wichtig? Zweitens: Können wir von Ihnen noch einmal ein paar Daten und Einschätzungen zum Fehlbedarf bei der personellen Ausstattung von Gedenkstätten bekommen? Wir wissen, dass es eine Zunahme an Interesse gibt und wir wissen gleichzeitig, dass personelle Probleme dazu führen, dass diese Nachfrage nach Informationen nicht befriedigt werden kann. Zu diesen beiden Kapiteln hätte ich gern Ihre Einschätzung, wie das in dem Konzept abgehandelt wird.

Als Letztes eine Frage zum Plan für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal: Wie bewerten Sie die Errichtung eines solchen Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, spezifisch auf dem Schlossplatz und auf dem Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals Kaiser Wilhelms I?

Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main: Ich werde es kurz machen angesichts der Zeit, die uns davonläuft. Was die Archive anbelangt, denke ich, ist das eine Frage, die sich von selbst beantwortet. Sie bilden sozusagen das Gedächtnis, das kulturelle Gedächtnis ist in den Archiven verwahrt. Deswegen sollte man hier gar nicht lange über den Stellenwert diskutieren. Ich will in diesem Zusammenhang, weil es mir am Herzen liegt, betonen, dass auch die biografischen Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus in die DDR hinein in solchen Archiven zu finden sind. Ganz aktuell, Walter Linse. Da ist eine Debatte um seinen Stellenwert entbrannt. Das ist jetzt ein sehr schönes Beispiel dafür, wie wichtig Archive werden. Nach ihm sollte der Preis zur Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur benannt werden. Er gehörte aber zu den Hauptaristokraten oder war der Hauptaristokrat der Industrie- und Handelskammer Chemnitz ab 1938 und ist dann 1996 offiziell rehabilitiert worden zum Opfer des Stalinismus. Um solchen Dingen aus dem Weg zu gehen, braucht man diese Archive, um genau das nachzuweisen. Ich werte das jetzt nicht, was ich gesagt habe. Anscheinend ist das eines der typisch deutschen Schicksale unter zwei unterschiedlichen diktatorischen Systemen. Deswegen sind Archive einfach wichtig, um hier herauszuarbeiten, wie es möglich war, dass Menschen solche Karrieren gemacht haben.

Fehlbedarf an personellen Kräften können Sie daran erkennen, dass die Überlebenden, also die heute noch lebenden Opfer des Nationalsozialismus, zum Teil Eintrittsgelder für die Gedenkstätten gefordert haben, weil diese Gedenkstätten unterfinanziert sind und weil immer wieder notwendige Investitionen nicht möglich sind. Es werden Gelder umgeschichtet. Es gibt tatsächlich einen Bedarf an personellen Kräften und übrigens auch an Geld.

Was das Freiheits- und Einheitsdenkmal anbelangt: Grundsätzlich ja, ist es zu begrüßen. Aber es darf natürlich nicht auf 1989 fokussiert werden. Wir müssen 1848 bedenken, wir müssen 1918 mit einbeziehen und vor allem 1945, als zentrale Voraussetzung überhaupt von Freiheit in Deutschland die Rolle der Alliierten. Immerhin konnten die Deutschen sich aus dieser Konsensdiktatur nicht von selbst befreien und haben von außen Hilfe benötigt, während 1989 die Befreiung vom Volk ausging. Hier liegen Unterschiede. Es müsste in einem solchen Denkmal zumindest versucht werden anzudeuten, dass es hier unterschiedliche Schwerpunkte gibt, dass es Ursachen gibt, dass es Ambivalenzen gibt. All das sollte überdacht werden. Es kann und darf nicht sein, dass das ein nationales Denkmal nach preußischem Vorbild wird. So wird es nicht gehen und das ist auch des Themas völlig unangemessen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Frau Dr. Jochimsen mit einer kurzen Frage und einer kurzen Antwort.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Der Staatsminister hat eingangs noch einmal darauf hingewiesen, dass auch die Gedenkstätten des Westens jetzt in eine institutionelle Förderung aufgenommen werden. Das ist zu begrüßen, weil man dann Planungssicherheit hat. Ich möchte noch ein-

mal auf den vielfachen Fehlbedarf eingehen. Damit ist noch nicht gesagt, dass die Gedenkstätten besser ausgestattet werden als sie bisher über die Projektförderung ausgestattet wurden. Wo sehen Sie in diesem Konzept Defizite in der Ausstattung?

Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main: Das werde ich Ihnen jetzt nicht im Einzelnen beantworten können. Das lässt sich nach Maß und Zahl sehr wohl beantworten, wenn man in die Einzelheiten geht. Die Frage ist, ob dieses Konzept in dieser Beziehung überhaupt die richtigen Kriterien anwendet. Wenn Sie auf Seite 25 des Konzepts gehen, heißt es da, „Gratmesser für die Erfüllung des Kriteriums nationaler oder internationaler Stellenwert ist in erster Linie die Bedeutung des Ortes bzw. der schon vorhandenen Gedenkstätte oder des bereits existierenden Erinnerungsortes in der geschichtlichen und gegenwärtigen Erinnerungskultur“, und jetzt kommt es, „und in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland und im Ausland“, und jetzt kommt es noch einmal dicker: „Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch seine Rezeption in Forschung, Literatur und Film.“ Wir müssen uns davon lösen, dass die mediale Aufmerksamkeit für die einzelne Gedenkstätte ausschlaggebend ist für die Finanzierung. Es geht nicht um die mediale Aufmerksamkeit, es geht um die historische Bedeutung. Eine kleine Gedenkstätte, vollkommen abseits, kann eine wirklich enorme historische Bedeutung haben, hat aber keinen medialen Stellenwert. Insofern muss man hier einfach auch die Kriterien durcharbeiten, ob die überhaupt stimmen, denn auf dieser Grundlage wird man wahrscheinlich mit der Finanzierung dieser Gedenkstätten, die wirklich bedeutsam sind, nicht weiterkommen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank auch für die Kürze der Antworten. Sie sind ja vielgefragt und bringen es immer wieder fertig, in kurzer Zeit zu antworten. Letzte Fragerunde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Göring-Eckart, bitte.

Abg. Katrin Göring-Eckart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem schönen Nachteil, dass viele Fragen schon beantwortet sind, die letzte zum Beispiel von Herrn Prof. Dr. Korn, die mich interessiert hätte. Ich komme noch einmal zurück auf das Thema DDR-Vergangenheit und richte meine Frage an Herrn Prof. Dr. Sabrow. Sie haben schon deutlich gemacht, dass, wenn es um die Erinnerungs- und Ausstellungsorte geht, das Thema Alltag eine wichtige Rolle spielen sollte. Sie haben es auch begründet. Ich würde Sie gern bitten, noch einmal etwas zu den Orten zu sagen, zu den konkreten Orten, die Sie an dieser Stelle für nötig halten, für möglich halten - Torgau, Eisenhüttenstadt. Einiges kam auch in Ihrem eigenen Bericht vor.

Das Zweite bezieht sich noch einmal auf die Frage Alltagskultur/Systemstrukturen im Alltag. Sie haben vorhin gesagt, es geht nicht um das Ampelmännchen und den lustigen Umgang damit, sondern es geht um die strukturellen Fragen. Hierzu würde ich gern noch etwas Genaueres von Ihnen hören, genauso wie zu der Frage, Opposition und Widerstand und die Bedeutung dessen in dem Gedenkstättenkonzept, wie wir es jetzt haben.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Die erste Frage bezog sich auf den Stellenwert des Alltags im engeren kulturgeschichtlichen Sinne in dem Konzept. In

der Tat finde ich es bedauerlich, dass das Dokumentationszentrum Eisenhüttenstadt angesichts der Menge des Materials, auch angesichts des etwas abgelegenen Ortes Schwierigkeiten hat, sich soweit in den öffentlichen Diskurs einzuschalten, wie es geboten sein kann. Geboten ist allerdings dann auch eine weitere Professionalisierung und Veränderung der Ausstellung, auch in Verbindung mit Berlin. Das ist ein wesentlicher Aspekt, den wir nennen müssen. Das andere, was ich zu sagen habe, betrifft die Berlin-Lastigkeit. Hier ist noch einmal ein Gedanke erwähnenswert. Wir haben eine Reihe von Gedenkorten die MfS-Haftanstalten auf der sogenannten Bezirksebene betreffend, die in unserem Konzept bisher keine große Rolle spielen, auch nicht spielen können. Das Bundesgedenkstättenkonzept kann nicht alles leisten. Aber hier darauf zu verweisen, dass wir auf Bezirks-, auf Länderebene eine kooperative Vernetzung haben sollten, auch mit einem arbeitsteiligen Vorgehen, dass, glaube ich, ist etwas, das sehr wichtig ist. Wir haben die Orte von Halle über Leipzig bis Potsdam und Magdeburg ja schon angesprochen.

Die weitere Dimension, mit der wir jetzt den Begriff des Alltags belasten, ist eigentlich gar nicht Alltag im engeren Sinne. Wir hatten vorhin schon einmal gesagt, dass die Konzentration auf die Tätigkeit des Geheimdienstes, des MfS, eine überstarke Rolle spielt. Das hat gute Gründe, auch moralische Gründe, weil der Begriff der Denunziation, des Verrates, des Hintergehens in der Diktaturaufarbeitung andersrum von besonderer Bedeutung ist. Deswegen spielen die inoffiziellen Mitarbeiter eine viel größere Rolle als die offiziellen Mitarbeiter, obwohl deren Tun möglicherweise andersrum verhandelt werden müsste. Ich glaube, dass wir das ein Stück weit ändern müssen. Wir müssen deutlicher machen, dass es sich hier um eine Parteiherrschaft, eine Einparteienherrschaft gehandelt hat, mit Massenorganisationen, mit erzwungener oder auch teils freiwilliger, teils begeisterter Partizipation. Das, finde ich, muss deutlich werden. Diesen gesellschaftlichen Ort von Diktaturen muss man in möglichst allen Ausstellungen definieren, und wenn es nicht gelingt, weil wir von der Stärke der Erinnerungsorte her so etwas nicht haben, dann muss man einen neuen Ort dafür schaffen. Da sind wir vielleicht auch ein bisschen Opfer unseres eigenen Denkens in Erinnerungsorten. Wir suchen nach der Authentizität und der Aura, die sie verströmen. Das ist aber genau für diese gesellschaftliche Alltagspraxis, die die Forschung ermittelt, oft sehr, sehr schwer zu machen. Wenn wir zusammen mit der BStU eine Mikrogeschichte der staats-sicherheitlichen Überwachung in Halberstadt oder in Potsdam schreiben, dann haben Sie nachher nicht den einen Ort, aber Sie haben den einen Mechanismus, der sehr wichtig ist. Diese strukturelle Frage wünsche ich mir stärker behandelt zu wissen.

Damit einhergehend noch einmal die Überlegung, dass wir es ja mit gespaltenen Gedächtnissen in der vereinigten Bundesrepublik zu tun haben. Wie man damit umgeht, ist eine Frage, die auch hier unter uns Experten offen oder strittig ist. Ich würde sehr viel stärker dafür plädieren, diese Existenz unterschiedlicher Gedächtnisse zu akzeptieren und die Menschen dort abzuholen, wo sie sind und ihnen einen individuellen Verarbeitungsprozess zu erlauben. Das ist Produkt der eigenen Lehrertätigkeit. Es gibt unter Didaktikern den Beutelsbacher Konsens. Das ist das Überwältigungsverbot, seit 1974 im westdeutschen Geschichtsunterricht verankert, die freie Urteilsbildung natürlich auf Grundlage der Darlegung von Fakten, auch des normativen Urteilsangebots des Lehrers. Das gehört dazu. Wir dürfen uns nicht hinter einem Werterelativismus verstecken. Aber gerade dann Erfahrungen zum Sprechen zu bringen und Dialoge zu erzeugen, finde ich sehr viel wichtiger als mit der normativen

Keule noch stärker einzuschlagen. Das ist jetzt eine Bemerkung, die ich noch am Rande machen möchte.

Zum Schluss, wenn Sie erlauben, noch eine Bemerkung zur internationalen Stellung der BStU. Das würde ich, ähnlich wie Herr Dr. Wolle, nun ganz anders beurteilen. Ich war am Wochenende in Prag, wo man darum ringt, eine ähnliche Einrichtung zu schaffen. Sie sind nicht unproblematisch und sie passen nicht in das, was wir die Normalität nennen. Den Übergang der BStU ins Bundesarchiv muss natürlich eine Kommission abfedern, genau definieren, welche Schritte gemacht werden müssten, bevor das sein kann, klären, wie der Archivzugang wirklich erleichtert und nicht erschwert wird. Das ist nicht so einfach zu sagen, wir haben schließlich die entsprechenden Personenvorbehalte für personenbezogene Akten. Aber jetzt, im Zuge der notwendigen Veränderung der BStU, ihrer Bewegung in das Bundesarchiv, sollten wir diesen politischen Moment einer gewissen Offenheit nutzen. Die BStU hat doch ein Maß an Kompetenz erworben, das man nicht einfach weg tun und schlicht aufgeben kann. Daraus ein Aufarbeitungszentrum zu machen, wir haben das in der Expertenkommission ein Aufarbeitungszentrum Geheimpolizei und Diktatur genannt, was für ein Bereich, nicht nur in Deutschland, auch nicht nur in Ostmitteleuropa, das hat eine globale Dimension! Ich finde, wir könnten hier etwas tun, was nachher nicht die deutsche DIN-Norm des gedenkpolitischen Exportes ist, aber was Verständnis für dieses Jahrhundert der Extreme ermöglicht. Und hier sitzt die BStU, wir haben eine Abteilung Bildung und Forschung, die natürlich der Evaluierung bedarf, aber hier wäre doch eine Kompetenz für die Zukunft. Das, finde ich, sollte man gestalten und nicht einfach nur abfragen.

Vorsitzender: Vielen Dank zunächst einmal allen Experten für Ihre Stellungnahmen. Jetzt machen wir ein Experiment, das bei Wissenschaftlern natürlich immer mit einem gewissen Risiko behaftet ist. Wir wollen Sie bitten, oder Ihnen das Angebot machen, dass Sie in einer allerletzten, ganz kurzen Runde in einer letzten Bemerkung noch einmal das zusammenfassen können, was Ihnen besonders wichtig ist bei dem Gedenkstättenkonzept bzw. seiner Veränderung. Herr Prof. Korn, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main: Ich ergänze nur noch ganz kurz zu einem Punkt, den ich schon erwähnt habe. 50 Prozent der angefragten Führungen in Buchenwald müssen wegen Personalmangels abgelehnt werden. Ich denke, das wirft bereits ein Schlaglicht auf Ihre Frage. Zweitens, ich muss mich fragen, vielleicht habe ich es falsch gelesen: W warum fehlen Opfergruppen, wie zum Beispiel Sinti und Roma, Widerstandskämpfer, gerade aus der nationalsozialistischen Zeit und der DDR, wobei das natürlich unterschiedliche Komplexe sind? Was ist mit den Homosexuellen usw? Also, das sind Überlegungen, ob diese Gruppen nicht auch da hineingehören. Und als letzte und wirklich abschließende Bemerkung: Es geht um die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption insgesamt. Da hat ja Herr Neumann gesagt, an dieser oder jener Stelle müsse eine Korrektur vorgenommen werden, insgesamt aber sehe er das Ganze sehr hoffnungsvoll. Ich kann nur sagen und wiederhole: Die Botschaft hör ich wohl, allein ich habe Zweifel und bei mir bleiben Zweifel.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Korn. Herr Prof. Dr. Faulenbach, wenn Sie die Gelegenheit nehmen wollen, noch einmal aus Ihrer Sicht das Wichtigste kurz zusammenzufassen.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation an der Ruhr-Universität Bochum: Erste Bemerkung: Ich glaube, Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit oder Erinnerungskultur sind nicht identisch. Sie stehen in einer gewissen Spannung zueinander, die hier nicht immer zum Ausdruck gekommen ist. Aber beide sind jeweils als Prozess zu begreifen und jedes Konzept ist gut, das diesen weiteren Prozess ermöglicht.

Zweite Bemerkung: Ich habe für eine differenzierte Sicht der verschiedenen Vergangenheitskomplexe plädiert, aber ich glaube, es wäre auch falsch, wenn die Erinnerungskultur ihrerseits so aussähe, als ob zwei völlig nebeneinander stehende Erinnerungskulturen da wären. Ich würde eine Erinnerungskultur, die in sich differenziert ist, die Spannungen aufweist, die Dialoge usw. ermöglicht, vorziehen gegenüber dieser Trennung.

Das Dritte, was ich hier noch gerne ansprechen würde: Ich halte das Thema Alltag für wirklich schwierig, aber notwendig. Als wir diese Diskussion in den 80er Jahren allgemein über Alltagsgeschichte geführt haben, in mancher Beziehung ist das eine Wiederholung von früheren Diskussionen der Wissenschaft, war es gar keine Frage, dass damit die Herrschaftsdimension ja nicht draußen ist, aber doch die Gesellschaft ein Stück weit von innen in ihrer Widersprüchlichkeit gesehen werden kann und auch so etwas wie, wie soll ich sagen, Eigensinn, Resistenz usw. deutlich gemacht werden könnte. Auch ich plädiere dafür, Eisenhüttenstadt doch noch einmal in die Überlegungen einzubeziehen. Und für nicht besonders gut geeignet halte ich den Tränenpalast als Ort, um sich Alltagsgeschichte anzueignen. Das ist ein spezieller Aspekt, der thematisiert werden soll. Er würde überfrachtet, wenn man das an der Stelle machen würde.

Schließlich viertens, um dieses Einheits- und Freiheitsdenkmal noch kurz anzusprechen: Wir können es tatsächlich ganz gut gebrauchen, wenn wir uns neben diesem negativen Gedächtnis stärker mit den Freiheitsbewegungen in der deutschen oder europäischen Geschichte oder mit der Demokratiebewegung usw. beschäftigen. Im Hinblick auf dieses Denkmal wird es zu entscheiden sein, was man wirklich will. Wenn man ein umfassendes Nationaldenkmal will, dann brauchen wir meines Erachtens einen wirklich langen Diskurs darüber, wie dieses heute aussehen könnte. Das geht dann nicht so rasch. Aber es wäre auch denkbar, wir versuchen irgendwo ein Denkmal zum Herbst 1989 zu entwickeln. Dieses wäre dann meines Erachtens in einer überschaubaren Zeit möglich. Aber auch dazu brauchen wir Diskurse, die jetzt begonnen worden sind, die aber weiter fortzuführen sind.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Faulenbach. Jetzt bitte Herr Prof. Dr. Benz, wenn Sie es wünschen.

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin: Ja, vier aphoristische Bemerkungen. Erstens: Eine Gedenkstätte als authentischer Ort, als Lernort definiert sich nicht nach der Zahl ihrer Besucher oder ob Prominente dorthin gehen oder nicht. Das kann nur aufgrund der authentischen Bedeutung gemessen werden. Im vorgelegten Konzept liest sich das ein wenig anders.

Zweitens: Einen Lernort, einen Gedenkort für Opposition und Widerstand in der DDR kann ich mir nur in Leipzig vorstellen, in welcher Form auch immer.

Drittens: Das Denkmal für Einheit und Freiheit ist bestimmt eine wunderbare Sache. Ich glaube nicht, dass man es verwirklichen kann. Ich habe ganz erhebliche Zweifel, ob es künstlerisch möglich ist, das Thema in einem Denkmal, das zwangsläufig ein abstraktes Zeichen sein muss, zu verwirklichen. Stattdessen stelle ich mir den Begegnungsort, die Dokumentationsstelle, den Raum vor, in dem man auch darüber reden kann, in dem man etwas lernen kann und nicht nur das Denkmal, das nur durch andachtsvolle Betrachtung wirken kann.

Viertens: Das ist die leidvolle Erfahrung der Gedenkstättenausstattung. Ich möchte das nur noch einmal betonen, das erleben wir alle immer wieder, sei es in Flossenbürg, in Dachau, wo auch immer. Die öffentliche Hand gibt viel Geld aus, um eine Gedenkstätte zu errichten, neu zu konzipieren, neu zu konditionieren, und am Tag nach der Eröffnung werden die Stellen für die pädagogische Betreuung gestrichen. Dann denkt man, der Gedenkstättenleiter mit seiner Sekretärin kann den Job alleine machen und man ist unglaublich stolz auf die verausgabten Mittel. Aber die Gedenkstätte kann nur mit äußerster Mühe arbeiten. Vielen Dank.

Vorsitzender: Danke schön. Herr Prof. Dr. Sabrow.

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam: Auch noch ein Wort zum geplanten Einheits- und Freiheitsdenkmal. Ich meine, dass es nicht unbedingt in dieses Konzept gehört. Es ist eine Stellungnahme in einem schwebenden Diskussionsprozess, in dem dieser Diskurs das wichtigste Ergebnis überhaupt sein kann. Allein die Spannung zwischen Einheit und Freiheit ruft zwei Jahrhunderte deutscher Geschichte in ihren unterschiedlichen Entwicklungslinien auf. Eins von beiden muss am Anfang stehen, ebenso, wie es ein Ort sein muss, der dann gleichzeitig nicht den Denkmalsockel Wilhelms des Großen unter sich tragen sollte. Zumindest ruft das Assoziationen hervor, die die Menschen, die mit unserer Lernkultur nicht vertraut sind, auf ganz andere Vorstellungen einer Neubetrachtung von Geschichte bringen würde. Unsere Kultur ist ironischer geworden, aber ob ein Denkmal, das 1989, 1945, 1918, 1848 aufnehmen soll, noch einen Rest an Ironie verträgt, sei dahingestellt. Denkmäler stehen heute in Konkurrenz zu Lernorten und Erinnerungsorten. Das ist auch eine Errungenschaft, wenn Sie so einen Begriff haben wollen. Wir verharren in unserer Gesellschaft nicht mehr andächtig vor Denkmälern, sondern wir setzen uns auseinander, wir arbeiten uns ab oder auf oder wie all diese Begriffe heißen. Ein Denkmal muss schon etwas sehr starkes sein, um dem etwas entgegensetzen zu können. Sonst würde so ein Denkmal, das wir groß einweihen, am nächsten Tag der Party der Tauben überlassen und geriete in die Ecke der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Ich möchte noch zwei Dinge sagen, die mir ganz wichtig sind. Erstens, dass das Konzept auf eine stärkere Trennung zwischen Forschung und Förderung achten muss. Es hat keinen Sinn, Teile der Abteilung oder die ganze Abteilung B & F der BStU an eine Forschungsförderungsinstitution zu übergeben wie die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das passt systematisch nicht. Sie werden der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ja auch keine eigenen Forschungskapazitäten zuordnen. Das ist meines Erachtens nicht sinnvoll, auch weil es mit einer gewachsenen Unabhängigkeit der Forschungsförderung seit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bricht. Wenn tatsächlich in Zukunft der

BKM selbst Forschungsprojekte und Forscher fördern will - was ja sehr schön ist, jeden Euro, den wir in die Forschung lenken können, wollen wir gerne haben - dann aber, Herr Prof. Dr. Schäfer, muss das Gremium, das darüber entscheidet, wirklich kein Konsulargremium sein, kein Konsilium, sondern die Entscheidungsfreiheit haben, wie wir das in der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben, wo das Fach über Projekte des Faches entscheidet. Die DFG wählt die Gutachter, sie kann frei von politischen Überlegungen und Opportunitätsüberlegungen entscheiden. Das halte ich für außerordentlich wichtig.

Ein letzter Satz vielleicht noch. Bei all dem, was ich sage, betrachte ich mit einer gewissen Sorge, dass wir uns trotz unserer Rhetorik einem Zustand nähern, in dem die Zeitgeschichtsforschung oder die moderne Geschichte an den Universitäten ausgezehrt wird und in dem Bereich, den wir jetzt hier diskutieren, immer stärker wird. Das werden wir an dieser Stelle auch nicht ändern können. Da spielen Bundeshoheiten und Länderhoheiten eine Rolle. Aber es ist ein Aspekt, auf den man achten muss. Es könnte ein Zug in Bewegung gesetzt werden, der nachher in einer Konsenswissenschaft landet, in einer Zeitgeschichte, die tatsächlich nur noch Aufarbeitung ist und politische oder öffentliche Opportunitäten bedient, die nicht mehr die seriöse Kraft der Forschung im Elfenbeinturm hat, die sie einmal gehabt hat.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Prof. Scholtyseck.

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bonn: Ich möchte drei kleine Punkte ansprechen, die sich auch aus der Diskussion ergeben haben. Das Erste schließt sich an das an, was Herr Prof. Dr. Sabrow gesagt hat. Zeitgeschichtsforschung gehört tatsächlich in erster Linie an die Universitäten. Es wäre wichtig, dass man in dieser Hinsicht die Gedenkstätten entlastet, die vielfach Arbeit tun, die nicht ihrer eigentlichen Aufgabe entspricht und die damit tatsächlich überlastet sind. Das Zweite ist bereits mehrfach angesprochen worden, auch von Herrn Prof. Dr. Faulenbach und von Herrn Prof. Dr. Sabrow - die starke Gewichtung des Alltags. Ich bin mir da nicht so ganz sicher, ob es sinnvoll ist, Institutionen zu fördern, deren originärer Zweck nicht das Opfergedenken ist. Da sollte man noch einmal überlegen, ob das nicht in die falsche Richtung läuft. Das ist mit vielfachen Problemen verbunden. Man könnte ja dann auch, das wird hoffentlich keiner tun, auf die Idee kommen, diesen idyllischen Alltag der NS-Zeit zu untersuchen. Das kann man in einem Seminar machen, das kann man an der Universität machen, aber wenn Sie das mit Gedenkstätten machen, dann ist das ein großes Problem. Es wäre eine sehr, sehr große Aufgabe. Dem gerecht zu werden, das ist sicherlich nicht einfach, sicherlich sehr problematisch. In diesem Zusammenhang das Dritte, was ich anregen möchte, der Tränenpalast mit den Grenzen der Diktatur, das ist sicherlich etwas, was man noch stärker fördern könnte. Gerade der Tränenpalast ist ein derart bekannter, markanter Ort, ein authentischer Ort, der diese vielen Facetten anspricht. Ich glaube, das wäre in Berlin ein wichtiger Ort auch des Denkens und Gedenkens.

Vorsitzender: Danke schön. Herr Prof. Dr. Schroeder.

Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin: Ich referiere nur kurz, ich fasse kurz zusammen, was noch nicht gesagt wurde oder wo ich widersprechen würde. Erstens halte ich das Konzept für eine gelungene Fortschreibung. Es lässt Dinge offen, es lässt sich ergänzen und ich glaube, das ist der Kern einer neuen Konzeption. Zweitens würde ich darauf beharren, gegen Herrn Prof. Dr. Sabrow, dass es selbstverständlich gerade für Gedenkorte, aber auch für die Wissenschaft, normative Maßstäbe zur Endbeurteilung geben muss. Das können nur die einer freiheitlich-demokratischen, einer zivilen Gesellschaft sein. Ich warne davor, in immanente Betrachtungen abzugleiten. Was das für die NS-Zeit heißt, wage ich gar nicht zu denken. Drittens, ich bin auch skeptisch beim Alltag. Ich glaube auch nicht, dass es staatliche Aufgabe ist, den Alltag, wenn er banal dargestellt wird, zu finanzieren. Den Tränenpalast halte ich wie mein Vorredner für einen geeigneten Ort und habe vorgeschlagen, ihn dem Thema Teilung und Diktatur im Alltag der DDR zu widmen. Damit haben wir gleich den Alltag fokussiert und eine Bremse eingebaut, dass es nicht zu einer Banalisierung der DDR durch die Darstellung des Alltags kommt, sondern der Bezug, den Dr. Stefan Wolle vorhin genannt hat, gewahrt bleibt.

Zu Haus 1. Hier möchte ich den meisten Sachverständigen widersprechen. Ich glaube schon, dass dieser für die Täter authentische Ort, wenn dort auch Widerstand gezeigt wird, ein Symbol ist, dass an diesem Ort die Mauern überwunden werden konnten, dass es authentisch ist, dass dieser Staat mit diesem Repressionsorgan durch eine friedliche Revolution zu Ende gegangen ist. Man muss es nicht machen, ich glaube aber, dieser Ort ist durchaus geeignet.

Der vorletzte Punkt, die BStU. Wir sollten hier nicht pro oder kontra über die BStU, sondern über deren Funktionen reden und darüber, was gewährleistet sein muss, wie auch immer die archivarischen Veränderungen vonstatten gehen, dass die Aufarbeitung besser wird. Das, glaube ich, ist Konsens, und das sollten wir auch positiv vermerken.

Der letzte Punkt. Ich finde auch, es mangelt an positiven Traditionsbezügen in der deutschen Erinnerungskultur. Hier kann das Freiheits- und Einheitsdenkmal helfen, das ich auf 1989 fokussieren würde, weil die Leistung der Ostdeutschen, diese Diktatur friedlich überwunden zu haben, noch nicht hinreichend gewürdigt wurde. Und das könnte dieses Denkmal leisten. Wenn wir bis 1848 zurückdiskutieren, dann diskutieren wir 10 Jahre lang. Wir sollten darüber diskutieren, ob diese Bezüge nicht viel stärker in die Erinnerungskultur einfließen sollten, aber dieses Denkmal, wenn es jetzt so geplant ist, sollte sich auf 1989 konzentrieren.

Vorsitzender: So, last but not least, Herr Dr. Wolle, bitte.

Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin: Vorhin ist Richard Schröder zitiert worden mit einer Artikel-Überschrift „Wir sind zum Trübsinn nicht verpflichtet“. Den Artikel kenne ich nicht, aber das würde ich erst einmal auf unsere Diskussion bezogen voll unterschreiben. Ich wünsche mir eine Aufarbeitung, die fröhlich ist, die davon ausgeht, dass wir diese Diktaturen überwunden haben. Wir haben allen Grund fröhlich zu sein und uns darüber zu freuen. Ich glaube auch, die schärfste Waffe gegen Diktatur und Unterdrückung sind Ironie, Witz, Humor, die von der Überlegenheit ausgehen. Diktaturen und Diktatoren geben sich gerne schwergewich-

tig, ernst, humorlos. Hier beginnt, glaube ich, unsere Überlegenheit. Ich scheue mich vor allen nicht vor einer Behandlung der banalen Seiten des Alltags. Ich warne hier nochmals, und das ist eigentlich mein ceterum censeo, das mir so sehr am Herzen liegt, vor dieser Konfrontation einer Diktaturgeschichte mit sehr starker Betonung von Repression, von Unterdrückung, von Gefängnis, von Folter auf der einen Seite und dem schönen Alltag auf der anderen Seite. Das nährt Nostalgie im übelsten Sinne. Um das, was ich damit meine, zu untermauern, nenne ich ein extremes Beispiel. Die Akten der Staatssicherheit sind so voll von lächerlichen Dingen, da kann man manchmal im Archiv sitzen und sich schief und dumm und dämlich lachen über den Blödsinn, der da zusammengetragen wurde. Das ist überhaupt kein Widerspruch. Diese Akten, die da zusammengetragen sind dank der Genossen von der unsichtbaren Front, sind ein Riesendenkmal nicht nur für Widerständigkeit und Widerstand, sondern auch ein großer Steinbruch, ein Riesendenkmal für die Kultur und Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Das sollte man nicht vergessen. Deswegen ist es so wichtig, dass dieses Archiv als kulturelles Gedächtnis offen bleibt, dass die Zugänge gesichert sind. Wie man das im Einzelnen verwaltungstechnisch macht, ist die offene Frage, das weiß ich nicht. Als Nutzer wünsche ich mir nur viele solche interessanten Akten auf den Tisch. Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Wolle. Sie haben eben gesagt, die Aufarbeitung soll fröhlich sein. Wir sind jedenfalls froh, dass wir von Ihnen neue Erkenntnisse gewonnen haben und sind dafür dankbar. Wir wollen uns bei allen Sachverständigen für ihre Beiträge, die sehr viele Anregungen, sehr viele Ideen enthalten haben, bedanken. Sie können sicher sein, dass wir, und ich hoffe, ich darf in diesem Fall auch für den BMK sprechen, die heutige Anhörung sehr sorgfältig analysieren werden und dass wir daraus Erkenntnisse für die Umsetzung des Konzeptes gewinnen werden. Also, nochmals herzlichen Dank.

Ich danke auch den Gästen, die heute gekommen sind. Ich hoffe, dass auch Sie, nachdem Sie so lange ausgeharrt haben, lange über die vorgesehene Zeit hinaus, heute neue Erkenntnisse gewonnen haben. Ich bitte Sie nunmehr um Verständnis, dass der Saal geräumt werden muss, weil wir anschließend eine nichtöffentliche Anhörung mit den Trägern der Institutionen anschließen. Ich bedanke mich nochmals für Ihren Besuch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen hier und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sachverständigen darf ich einladen, auch am nichtöffentlichen Teil teilzunehmen und, falls Sie es wünschen, Ergänzungen zu dem, was wir anschließend diskutieren, anzubringen. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 15:45 Uhr

Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender